

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

PROCESSING COPY

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Ministry of Trade and Supply:
Official Publications

DATE DISTR.

NO. PAGES 1

REQUIREMENT
NO. RD

25X1

REFERENCES

25X1

DATE OF
INFO.PLACE &
DATE ACQ

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE

Issued by the Ministry of Trade and Supply. The publications, entitled Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Handel und Versorgung, are the following issues:

Issue Number 21, 21 May 1957
Issue Number 22, 1 June 1957
Issue Number 23, 8 June 1957

5 AUG 1957

25X1

19 AUG 1957

AUG 20 1957

ENCLOSURE ATTACHED
PLEASE ROUTE

E+

Gmt

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/> FBI	<input type="checkbox"/> AEC						
-------	--	--	---	---	------------------------------	--	--	--	--	--	--

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Ministry of Trade and Supply:
Official Publications

DATE DISTR.

NO. PAGES 1

REQUIREMENT
NO. RDDATE OF
INFO.PLACE &
DATE ACQ.

REFERENCES

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

Issued by the Ministry of Trade and Supply. The publications, entitled Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Handel und Versorgung, are the following issues:

Issue Number 21, 21 May 1957
Issue Number 22, 1 June 1957
Issue Number 23, 8 June 1957

25X1

C-O-N-F-I-D-E-N-T-I-A-L

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)																			

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

VERFUGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957	Berlin, den 25. Mai	Nr. 21
------	---------------------	--------

INHALT

I. Anweisungen	Seite
Nr. 42/57	132
Nr. 43/57	132
Nr. 44/57. Vollständige Übertragung der Rechte und Pflichten der Kaderarbeit auf die leitenden Funktionäre der GHK für Industriewaren, die den HV Großhandel des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt sind ..	132
Nr. 45/57. Sicherheitsmaßnahmen bei der Erlösabrechnung	133
Nr. 46/57. Zusammenarbeit und Arbeitsabgrenzung zwischen den GHK für Obst und Gemüse bzw. Branchenbereichen für Obst und Gemüse bei den GHK für Lebensmittel und den Kreisverbänden der Konsumgenossenschaften (Kreis-KG) beim Einkauf, Groß- und Einzelhandel mit Obst und Gemüse ..	135
Ordnung über die Erstattung von Zuschlägen zu den Erzeugerpreisen für Gemüse und Obst für vertraglich gebundene Einkaufware gemäß PVO Nr. 725 vom 11. April 1957 (GBl. I S. 253)	134
II. Richtlinien	
Änderung der Richtlinien vom 7. Februar 1956 für die Errichtung und Tätigkeit der Gebrauchsgüter-Verkaufsstellen im volkseigenen Einzelhandel (HO)	137
III. Preisdienst	
Preisbewilligung Nr. J/VII/57/134 Plano-Dauerfärber (Rollapparate)	137
Preisbewilligung Nr. J/VII/57/131 Grudeheißlufttherd aus Stahlblech	137
Preisbewilligung Nr. J/VII/57/132 Transportabler keramischer Dauerbrandofen	137
Preiskorrektur Import-Marmelade mit Wirkung vom 7. Mai 1957	137
Preisveränderungen für a) Belichtungsmesser „Fotolux II“, b) FDJ- und JP-Touristenkleidung	138
IV. Mitteilungen	
Operative Warenfinanzierungsplanung 1957 des Staatlichen Einzelhandels ..	139
A Abrechnung Obst und Gemüse	140
A Abrechnung der Planposition „Tierische Fette, bearbeitet“	140
A Kennzeichnung von Richtlinien und Mitteilungen der Abteilung Planabrechnung	140
Verwendung von Methanol in den Ormig-Abteilungen	141
Ärztliche Reihenuntersuchungen der Werktätigen in den Betrieben	141
Endmontage der Fahrräder	141

ANWEISUNGEN

Anweisung Nr. 42/57

Die Anweisung Nr. 42/57 wurde den betreffenden Stellen gesondert zugestellt.

Anweisung Nr. 43/57

Die Anweisung Nr. 43/57 wurde den betreffenden Stellen gesondert zugestellt.

— 4007 —

Berlin, den 22. Mai 1957

Anweisung Nr. 44/57

Vollständige Übertragung der Rechte und Pflichten der Kaderarbeit auf die leitenden Funktionäre der Großhandelskontore für Industriewaren, die den Hauptverwaltungen Großhandel des Ministeriums für Handel und Versorgung unterstellt sind

Während bisher nur ein bestimmter Teil der Verantwortung in der Kaderarbeit den leitenden Funktionären übertragen war, ist jetzt für die weitere politische Qualifizierung unserer leitenden Kader der Zeitpunkt gekommen, alle Rechte und Pflichten in bezug auf die Kaderarbeit den jeweils verantwortlichen Funktionären zu übertragen.

Daraus ergibt sich, daß die Kaderabteilung von dem Recht, über Einstellung, Umgruppierung, Umbesetzung und Entlassung von Mitarbeitern zu entscheiden, entbunden wird. Ferner ergibt sich daraus auch eine Veränderung der Tätigkeit der Kaderfunktionäre. Die zukünftige Aufgabe des Kaderinstruktors (bisher Kaderleiter) besteht darin, die leitenden Funktionäre des Betriebes, denen das Recht übertragen wurde, kaderpolitische Entscheidungen zu treffen, in ihrer Arbeit zu beraten, sie anzuleiten und im Auftrag des Direktors zu kontrollieren.

Auf Grund der Tatsache, daß der Direktor des Betriebes hauptverantwortlich für die Kaderarbeit ist, wird der Kaderinstrukteur dem Direktor unmittelbar unterstellt.

Für die Durchführung der technischen Arbeiten in der Kaderpolitik steht in größeren Betrieben (ab 400 Beschäftigte) dem Kaderinstrukteur ein technischer Mitarbeiter zur Verfügung.

In kleineren Betrieben (etwa bis 250 Beschäftigte), in denen zur Zeit die Arbeitsgebiete Kader und Arbeit von einem Mitarbeiter erledigt werden, ist in jedem Fall eine organisatorische Trennung dieser Arbeitsgebiete vorzunehmen und das Gebiet Kader vom Direktor selbst zu bearbeiten. Die technischen Arbeiten können in diesem Fall von einem Sachbearbeiter erledigt werden, der dem Direktor unmittelbar untersteht, oder durch die Sekretärin des Direktors.

Der technische Mitarbeiter hat im wesentlichen folgende Aufgaben:

Führung der Kaderakten und der kaderpolitischen Übersichten,

Ausfertigung von Arbeitsverträgen,

Ausfertigung von Betriebsausweisen usw.

Für die Übertragung des bisher dem Kaderleiter vorbehaltenen Rechts, über Einstellungen, Entlassungen, Umsetzungen und Umgruppierungen zu entscheiden, auf die leitenden Funktionäre der Betriebe sind folgende Grundsätze zu beachten:

1. Den Abteilungsleitern der Großhandelskontore wird das Recht übertragen, selbstverständlich unter Beachtung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen, über Einstellungen, Entlassungen, Umgruppierungen und Versetzungen von Mitarbeitern im eigenen Bereich selbst zu entscheiden. Damit haben sie die volle

Verantwortung für die gesamte Kaderpolitik in ihrem Bereich übernommen. Der Direktor hat jedoch das Recht festzulegen, in welchem Falle er sich die Entscheidung selbst vorbehält.

2. Die gleichen Rechte wie die Abteilungsleiter innerhalb der Verwaltung erhalten auch: die Fachabteilungsleiter (Ein- und Verkaufsleiter) und Leiter von Außenstellen (z. B. Verkaufs-, Auslieferungslagerleiter).
3. Der Direktor des Betriebes hat den in Frage kommenden leitenden Funktionären die Vollmachten über die Übertragung der Rechte und Pflichten in der Kaderarbeit schriftlich zu erteilen.
4. Der Direktor hat das Recht, den betreffenden Personenkreis einzuschränken, wenn bei einzelnen leitenden Funktionären die politischen und fachlichen Voraussetzungen noch nicht gegeben sind.
5. Die Arbeitsverträge und sonstigen Dokumente, die von Kadersachbearbeitern ausgefertigt werden, sind von den bevollmächtigten Leitern zu unterzeichnen.
6. Der Kaderinstrukteur hat die Aufgabe, im Auftrage des Direktors die Kaderarbeit der unter 1. und 2. genannten leitenden Funktionäre zu kontrollieren und eine entsprechende Anleitung zu geben. Bevor die leitenden Funktionäre kaderpolitische Entscheidungen treffen, haben sie den Kaderinstrukteur zur Beratung hinzuzuziehen. Der Kaderinstrukteur hat dann die Pflicht, evtl. Bedenken gegenüber dem betreffenden Leiter zum Ausdruck zu bringen. Sofern dies erforderlich ist, hat er dem Leiter des Betriebes entsprechende Hinweise zu geben, damit falsche Entscheidungen von diesem verhindert werden können.

II.

Für die Durchführung der technischen Arbeiten bei Einstellungen, Versetzungen, Umgruppierungen und Entlassungen gelten im allgemeinen folgende Grundsätze:

1. Bei Neueinstellungen von Mitarbeitern:

- a) Kaderunterlagen (Personalakten) und Beurteilungen können nicht von dem zuständigen leitenden Funktionär direkt bei der früheren Dienststelle angefordert werden.

Die Beschaffung dieser Unterlagen wird in kleineren Betrieben von dem technischen Sachbearbeiter, in mittleren Betrieben vom Kaderinstrukteur selbst und in größeren Betrieben vom technischen Sachbearbeiter des Kaderinstruktors durchgeführt.

- b) Nachdem von dem verantwortlichen leitenden Funktionär das erforderliche Einstellungsgespräch geführt worden ist, wird eine Niederschrift darüber angefertigt und den Kaderunterlagen beigefügt. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß bei Vorhandensein einer Kaderakte nicht die Ausfüllung neuer Personalbogen verlangt werden darf. Falls der Betreffende vorher nicht berufstätig war bzw. wenn von der früheren Arbeitsstelle keine Unterlagen zu erhalten sind, wird die Ausfüllung von Personalunterlagen von dem verantwortlichen Funktionär selbst veranlaßt.

CONFIDENTIAL

25X1

- c) Selbstverständlich ist zu beachten, daß keine Zusage für die Einstellung gegeben wird, wenn keine Beurteilung oder Erkundigung vorliegt.
 - d) Jeder eingestellte Mitarbeiter erhält einen Einstellungsvertrag; dieser wird auf Anforderung des betreffenden Verantwortlichen vom Kadersachbearbeiter ausgefertigt und vom zuständigen Leiter unterschrieben.
 - e) Den Betriebsausweis erhält der Mitarbeiter ebenfalls vom Kadersachbearbeiter bzw. -instrukteur.
2. Umbesetzungen werden von dem betreffenden Verantwortlichen selbst durchgeführt.
- Wie unter I Abs. 6 angeführt, muß gesichert werden, daß bei wichtigen kaderpolitischen Entscheidungen der Kaderinstrukteur vorher Mitteilung erhält. Aber auch in den Fällen, wo die vorherige Benachrichtigung nicht festgelegt wird, ist der Kaderinstrukteur von der Umbesetzung zu benachrichtigen, damit die Kaderübersicht (Flexit) auf dem Laufenden gehalten werden kann.
3. Umgruppierungen und Gewährung von Leistungs-
spannen:
- Wie bisher sind für Umgruppierungen und Leistungsspannen von dem betreffenden Verantwortlichen ausführliche Begründungen anzufertigen. Die Entscheidung wird von den verantwortlichen Funktionären selbst getroffen; selbstverständlich unter Beachtung der Rechte der Gewerkschaft. Die Begründung für Umgruppierungen und Leistungsspannen ist mit der Unterschrift des Verantwort-

lichen dem Kaderinstrukteur zuzuleiten, damit dort der Änderungsvertrag ausgestellt und die Lohnbuchhaltung benachrichtigt werden kann.

In den Fällen, wo es sich um wichtige kaderpolitische Entscheidungen handelt, muß der Kaderinstrukteur bereits vor der Entscheidung Kenntnis erhalten.

4. Beendigung von Arbeitsrechtsverhältnissen:

- a) Auch für die Beendigung von Arbeitsrechtsverhältnissen ist der verantwortliche Funktionär entscheidungsbefugt. Damit jedoch die arbeitsrechtliche Seite genauestens beachtet wird, muß bei auszusprechenden Kündigungen und bei Rückstufungen die Zustimmung des Direktors vorgeschrieben werden (evtl. ist dies in den Vollmachten festzulegen). Davon unberührt bleibt natürlich die Zustimmung der Gewerkschaft.
- b) Bei Beendigung von Arbeitsrechtsverhältnissen ist ferner von dem verantwortlichen Leiter zu beachten, daß spätestens am letzten Arbeitstag eine ausführliche Abschlusserurteilung dem Kaderinstrukteur zugeleitet wird. Unterschriftsberechtigt bei Beurteilungen sind die vom Direktor bevollmächtigten leitenden Funktionäre für ihren Bereich.

In den Fragen der Kaderarbeit, die hier nicht berührt wurden, gelten die bisherigen Anweisungen.

Schneiderhainze
Stellvertreter des Ministers

- Vergl. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

— 4912 —

Berlin, den 21. Mai 1957

Anweisung Nr. 45/57 über Sicherheitsmaßnahmen bei der Erlösabrechnung

Zur Sicherung der Abführung der Tageserlöse durch die Verkaufsstellen des staatlichen Einzelhandels werden im Einvernehmen mit dem Staatssekretär für Angelegenheiten der Örtlichen Räte hinsichtlich der Ziffer 4 und der Deutschen Notenbank hinsichtlich der Ziffern 5 und 6 folgende Sicherheitsmaßnahmen angewiesen:

- 1. Geldtransporte von 5000,— DM bis 20 000,— DM sind von zwei volljährigen Personen, Geldtransporte über 20 000,— DM bis 100 000,— DM von drei volljährigen Personen, Geldtransporte über 100 000,— DM sind durch Begleitschutz des bewaffneten Betriebs-schutzes oder der Polizei zu sichern.
- 2. Der Verkaufsstellenleiter oder sein Stellvertreter entscheidet, ob bei Beträgen bis zu 5000,— DM eine Begleitperson für die Erlösabführung erforderlich ist; dieses hängt jeweils von den örtlichen Verhältnissen (Wegstrecke usw.) ab.
- 3. Mit der Erlösabführung dürfen nicht beauftragt werden
 - a) Lehrlinge und minderjährige Verkaufskräfte,
 - b) Personen, die nicht als Verkaufskräfte tätig sind.
- 4. Die Erlöse sind am gleichen Tage abzuführen. Soweit in kleineren Gemeinden keine Möglichkeit besteht, sie an den hierzu bestimmten Einzahlungsstellen (Bank, Post, BHG, Sparkassen) einzuzahlen, sind nur in Ausnahmefällen Vereinbarungen mit dem Bürgermeister zu treffen; die Erlöse über Nacht in Verwahrung zu nehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß nach den bestehenden Vereinbarungen mit der Versicherung diese beim Bürgermeister verwahrten Erlöse gegen Einbruchdiebstahl — Be-

raubung versichert sind. Es ist untersagt, daß Erlöse vom Verkaufsstellenleiter oder einer Verkaufskraft mit nach Hause genommen oder in der Verkaufsstelle aufbewahrt werden.

- 5. Der Direktor des volkseigenen Einzelhandelsbetriebes ist in Zusammenarbeit mit der Deutschen Notenbank verpflichtet, die ordnungsgemäße Erlösabführung laufend zu kontrollieren, und hat periodisch, mindestens halbjährlich, die Verkaufsstellenleiter über die ordnungsgemäße Erlösabführung zu belehren.
- 6. Der Einzelhandelsbetrieb hat mit den entsprechenden Kreditinstituten Vereinbarungen zu treffen, die gewährleisten, daß eine regelmäßige Kontrolle über die erfolgten Tageserlösabführungen der einzelnen Verkaufsstellen erfolgt. Die Verantwortung für die Durchführung dieser Kontrolle trägt der Direktor des volkseigenen Einzelhandelsbetriebes.
- 7. Die Erlösabführung der Gaststätten hat sinngemäß nach den unter Ziffer 1 bis 6 festgelegten Maßnahmen zu erfolgen. Es ist sicherzustellen, daß die Erlöse bei Gaststätten, die Tagesbetrieb haben, am gleichen Tage abgeführt werden. Erlöse aus Einnahmen der Abendstunden sind durch das Bedienungspersonal abzurechnen, vom Betriebsstättenleiter verantwortlich aufzubewahren und am nächsten Tage den Kreditinstituten zuzuführen.
- 8. Die Bestimmungen des Globalvertrages über die Versicherung der volkseigenen Groß- und Einzelhandelsbetriebe, insbesondere der § 6 Abs. 3 b — GBl 1954 Sonderdruck Nr. 30 — bleiben von dieser Anweisung unberührt.
- 9. Soweit von den Räten der Bezirke und Kreise, Abteilung Handel und Versorgung, im einzelnen ein über diese Anweisung hinausgehender Schutz angeordnet worden ist, bleiben diese Bestimmungen in Kraft.

Dressel
Staatssekretär

- Vergl. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

133

— 5500 —

Berlin, den 20. Mai 1957

Ordnung**über die Erstattung von Zuschlägen zu den Erzeugerpreisen für Gemüse und Obst für vertraglich gebundene Aufkaufware gemäß PVO Nr. 725 vom 11. April 1957 (GBl. I S. 253)**

Die Preisverordnung Nr. 725 über die Festsetzung von Erzeugerpreisen für Gemüse und Obst legt im § 3 fest, daß für die vertragliche Bindung von Aufkaufmengen bestimmte Zuschläge an die Erzeuger zu zahlen sind, wenn die Vertragsabschlüsse bei Gemüse mindestens sechs Wochen und bei Obst mindestens vier Wochen vor der Lieferung erfolgt sind.

Diese Zuschläge werden aus dem Staatshaushalt gestützt. Der hierfür notwendige Fonds wird zentral vom Min. f. H. u. V. verwaltet und abgerechnet.

Für die Bezahlung, Beantragung und Abrechnung der von den GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse sowie GHK für Obst und Gemüse benötigten Mittel gilt folgende Ordnung:

1. Die Bezahlung der Aufkaufzuschläge an die Erzeuger erfolgt bei Lieferung der Ware entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.
2. Die Erstattung der ausgezahlten Zuschläge erfolgt monatlich durch das Min. f. H. u. V. direkt an die GHK. In besonderen Fällen können auf Antrag des Rates des Bezirkes für bestimmte GHK, die in den Hauptaufkommensgebieten liegen, kürzere Erstattungsfristen gewährt werden.
3. Die GHK haben als Nachweis der im vergangenen Monat ausgezahlten Zuschläge sowie als Anforderung der Vergütungsbeträge für den laufenden Monat jeweils bis zum 7. Werktag jeden Monats eine Zusammenstellung nach Muster — Anlage — in zweifacher Ausfertigung dem zuständigen Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V., einzureichen.
4. Der Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V., überprüft diese Zusammenstellung sachlich, rechnerisch und preisrechtlich und bestätigt die Richtigkeit der Abrechnung auf einem Exemplar und reicht dieses bis zum 10. Werktag an das Min. f. H. u. V., Referat Finanzierung VEW, ein.
5. Auf der Grundlage der durch die Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., bestätigten Abrechnungen überweist das Referat Finanzierung VEW die ausgezahlten Zuschläge des Vormonats direkt an die GHK.
6. Die GHK haben die Erfassung und Buchung der Aufkaufzuschläge folgendermaßen durchzuführen: Die Aufkaufzuschläge sind im Wareneingangsbuch in den jeweiligen Spalten unter

A. — Menge und Aufkauf —

pro Mengeneinheit einzutragen und von der Aufkaufmenge durch einen Diagonalstrich zu trennen. Beispiel: 400 kg / 16,— DM = 4 × 4,— DM. In der Spalte 5 des Wareneingangsbuches unter Gesamtwert ist

a) der Betrag gemäß PVO

b) der Gesamtaufkaufzuschlag

ebenfalls durch einen Diagonalstrich getrennt einzutragen. Dadurch ist es möglich, pro Kultur im Wareneingangsbuch eine quadratische Abstimmung hinsichtlich des gezahlten Erzeugerpreises und Aufkaufzuschlags vorzunehmen.

Auf Grund der täglichen Zusammenstellung der Wareneingangsbücher, die von den Verantwortlichen vorher sachlich, preisrechtlich und rechnerisch richtig zu unterzeichnen sind, erfolgt die Buchung auf den Konten der Finanzbuchhaltung und zwar:

per Konto 170 — Warenbestandskonto zum EKP (gültiger Erzeugerpreis)

per Konto 2604 — Forderung aus gezahlten Aufkaufzuschlägen für Obst und Gemüse

an Konto 950 — Verbindlichkeiten aus Handelswarenlieferungen.

Der Kontenplan ist um das Konto 2604 — Forderungen aus gezahlten Aufkaufzuschlägen für Obst und Gemüse — zu ergänzen.

7. Die Konsumgenossenschaften erhalten die Zuschläge über den VDK und beantragen diese auch dort.

Der VDK erhält dazu auf Antrag quartalsweise ein bestimmtes Limit für die Ausreichung der Aufkaufzuschläge vom Min. f. H. u. V. zur Verfügung gestellt. Über die Höhe des Limits ist jeweils bis zum 10. Werktag des ersten Monats im Quartal eine Anforderung an das Min. f. H. u. V., Referat Finanzierung VEW, einzureichen.

Die Abrechnung über die im Vorquartal ausgezahlten Zuschläge ist spätestens am 20. Werktag nach Quartalschluß vorzulegen.

Das Min. f. H. u. V. ist berechtigt, zwischenzeitliche Überprüfungen der beim VDK geführten Unterlagen über die Aufkaufzuschläge durchzuführen.

8. Der VDK regelt das Verfahren über die Beantragung und Auszahlung sowie buchmäßige Erfassung und Abrechnung der Aufkaufzuschläge durch die Konsumgenossenschaften in eigener Verantwortung.

Der VDK ist gegenüber dem Min. f. H. u. V. für die Einhaltung der im § 3 der PVO Nr. 725 festgelegten Bestimmungen verantwortlich.

9. Die in der Anlage beigefügte Erhebung ist genehmigt vom Min. f. H. u. V. und registriert am 18. Mai 1957 unter Nr. 260/54 befristet bis 25. Januar 1958.

W a c h
Minister

GHK

Anlage

Bankkonto:

Nr.

Zusammenfassung der Aufkaufzuschläge
— Gemüse und Obst —

A. Erstattungsantrag					B. Voranmeldung				
Lfd. Nr.	Kultur	Vormonat:			Lfd. Nr.	Kultur	laufender Monat:		
		Vertraglich gelieferte Menge	Zuschlag per 100 kg/Stck. DM	Erstat- tungs- betrag insgesamt DM			Vertraglich zu liefernde Menge	Zuschlag per 100 kg/Stck. DM	Voraus- lich be- nötigter Zuschlag Betr. DM

Erstattungsbetrag Gesamt:

Voraussichtlicher Bedarf:

Datum:

(Direktor)

(Hauptbuchhalter)

Bestätigung Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V., UA Handel:
über sachliche, preisrechtliche und rechnerische Richtigkeit:

(Unterschrift)

— Verf. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

Berlin, den 22. Mai 1957

Anweisung Nr. 46/57

über die Zusammenarbeit und Arbeitsabgrenzung zwischen den Großhandelskontoren für Obst und Gemüse bzw. Branchenbereichen für Obst und Gemüse bei den Großhandelskontoren für Lebensmittel und den Kreisverbänden der Konsumgenossenschaften (Kreis-Konsumgenossenschaften) beim Einkauf, Groß- und Einzelhandel mit Obst und Gemüse

Zur Verbesserung der bedarfsgerechten Versorgung und Erhöhung der Marktproduktion mit Obst und Gemüse durch die staatlichen und genossenschaftlichen Handelsorgane wird unter Berücksichtigung der Aufgaben der Konsumgenossenschaften im Einvernehmen mit dem Vorstand des Verbandes Deutscher Konsumgenossenschaften festgelegt:

I. Zur Organisation:**A. Obst, Gemüse und Wildfrüchte**

1. Einkauf durch die Konsumgenossenschaften, im folgenden kurz KGV (Kreis-KG) genannt

- a) Zur Sicherung der Warenbereitstellung im genossenschaftlichen Handel kaufen die Konsumgenossenschaften gemäß der Anordnung vom 28. Dezember 1956 über den Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch die Konsumgenossenschaften (GBL I S. 34) auf der Grundlage des Volkswirtschaftsplanes Obst und Gemüse bei den LPG, VEG, Einzelbauern und sonstigen Erzeugern sowie Wildfrüchte nach den im „Erfassungsrecht“ festgelegten Bestimmungen auf. Sie schließen mit den Erzeugern Einkaufsverträge, in denen die Gemüse- bzw. Obstart, Lieferzeit und Menge festgelegt sind.
- b) Der Einkauf von Obst und Gemüse durch die KGV (Kreis-KG) und Konsumgenossenschaften ist nur bei den Erzeugern des eigenen Kreisgebietes gestattet.
- c) Zur Verkürzung des Warenweges und zur Sicherung der örtlichen Warenbereitstellung kann den Kreisverbänden der Konsumgenossenschaften das Recht übertragen werden, innerhalb des Kreises begrenzte Erfassungsgebiete für Obst und Gemüse zu übernehmen. Die Regelung ist zwischen den zuständigen GHK für Obst und Gemüse und dem Kreisverband (Kreis-KG) schriftlich zu vereinbaren. Diese Vereinbarung bedarf der Zustimmung der Abteilung Erfassung und Einkauf beim Rat des Kreises. Die Verantwortung der GHK Obst und Gemüse für die Erfüllung der Erfassungspläne geht in diesen Fällen im Rahmen der Vereinbarung auf den KGV (Kreis-KV) über. Die Bestimmungen der Anordnung über die Änderung der Erfassung, des Einkaufs und des Großhandels mit Obst, Gemüse und Wildfrüchten vom 15. Januar 1957, § 7 (GBL I S. 80) werden hierdurch nicht berührt.

- d) Die KGV (Kreis-KG) sind berechtigt, als Vermittler zwischen den Erzeugern und den genossenschaftlichen Produktionsbetrieben für die Sicherung der planmäßig zugewiesenen Erfassungsmengen von Obst und Gemüse tätig zu werden. Die Tätigkeit erfolgt entsprechend der Anordnung über den Abschluß von Direktverträgen über die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus der Pflichtablieferung vom 1. Februar 1957 (GBL II S. 85).

2. Großhandel und Warenbewegung

- a) Die von den Konsumgenossenschaften aufgekauften und für die überkreisliche Warenbewegung notwendigen Warenmengen werden nach Liefer- und Leistungsverträgen, die auf der Grundlage der vom VDK und den Bezirksverbänden nach dem staatlichen Versorgungsplan aufgestellten Liefer- und Empfangspläne abzuschließen sind, an die Kreisverbände (Kreis-KG) in den Empfangsgebieten versandt. Der Abschluß von vorbereitenden Verträgen ist anzustreben.
- b) Warenbeziehungen zwischen den GHKs und Kreisverbänden (Kreis-KG) der Konsumgenossenschaften: Auf Grund der staatlichen Warenzuweisungen sind zwischen den GHK für Obst und Gemüse und den KGV (Kreis-KG) Liefer- und Leistungsverträge abzuschließen. Bei Lieferung von Waren aus anderen Kreisen schließt der empfangende KGV (Kreis-KG) Direktverträge mit dem GHK des Lieferkreises. Die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften können Ware direkt von den am Ort befindlichen Erfassungsstellen des GHK übernehmen.

Die Lieferungen erfolgen im Rahmen des vertraglich festgelegten Volumens.

B. Verarbeitetes Obst und Gemüse (Inlandsproduktion):

Für verarbeitetes Obst, Gemüse, Süßmoste, Fruchtsäfte usw. erfolgt der Vertragsabschluß der KGV (Kreis-KG) direkt mit den Produktionsbetrieben.

C. Speisekartoffeln:

Die KGV (Kreis-KG) schließen Liefer- und Leistungsverträge direkt mit den Liefer-VEAB des eigenen oder fremden Kreises. Nach gegenseitiger örtlicher Vereinbarung kann das GHK den Empfangsgroßhandel für den KGV (Kreis-KG) durchführen.

D. Importe — Obst, Gemüse, Südfrüchte und Konserven:

1. Der Vertragsabschluß über Importlieferungen erfolgt grundsätzlich über das vom GHK für Obst- und Gemüseleithandel beauftragte örtliche GHK als Empfangsgroßhändler. Die Belieferung erfolgt beim Erreichen des Waggonvolumens durch Direktsendung. Die Rechnungslegung ist generell über den zuständigen Empfangsgroßhandel durchzuführen. Die KGV (Kreis-KG) sind als Platzgroßhändler für die Belieferung des genossen-

schaftlichen Einzelhandels tätig. Die Vertragsabschlüsse und Lieferungsbedingungen regeln sich nach der Anordnung über die Abrechnung der Importe Frischobst und -gemüse sowie Südfrüchte vom 7. September 1956 (GBl. I S. 786).

2. Bei Lieferungen an die Konsum-Handelsniederlassung OGG Berlin gelten die bisherigen Bedingungen. Der Vertragsabschluß erfolgt direkt zwischen dem GHK Obst- und Gemüseleithandel und der HN OGG Berlin.

E. Belieferung der Großverbraucher:

Die Belieferung der Großverbraucher erfolgt in der Regel durch die GHK; wie bisher kann nach den örtlichen Verhältnissen die Belieferung der Großverbraucher mit Obst, Gemüse, Kartoffeln und Konserven durch den KGV (Kreis-KG) vereinbart werden. Diese Vereinbarungen sind mit dem zuständigen Rat des Kreises abzustimmen, der in diesem Falle dem KGV (Kreis-KG) die notwendigen Zuweisungen aus dem staatlichen Warenfonds zu übergeben hat.

F. Weihnachtsbäume:

Über das Inlandsaufkommen schließen die KGV (Kreis-KG) entsprechend den Zuweisungen des Kreisrates Verträge mit den für das Lieferungsgebiet zuständigen staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben. Die Verträge richten sich nach den Bestimmungen der PVO Nr. 505.

Bei Lieferungen aus Importen schließen die KGV (Kreis-KG) mit der Konsum-Großhandelszentrale in Karl-Marx-Stadt Verträge ab. Diese tritt gegenüber dem DIA Holz und Papier als Generalabnehmer auf. Werden vom Rat des Kreises die Import-Weihnachtsbäume auch auf andere Handelsorgane aufgeteilt, so schließen diese Verträge mit dem örtlichen KGV (Kreis-KG) ab.

II. Finanzielle Regelung:

1. Warenbezug vom GHK Inlandsaufkommen Obst und Gemüse

Die Berechnung der Handelsspannen und Abgeltungssätze erfolgt gemäß PVO Nr. 726 vom 11. April 1957 (GBl. I S. 262).

2. Importe: Obst, Gemüse, Südfrüchte und Konserven:

- a) Der Vertragsabschluß mit dem GHK Obst und Gemüse erfolgt gemäß der Anordnung über die Abrechnung der Importe Frischobst und -gemüse vom 7. September 1956 (GBl. I S. 786).
- b) Für die Teilung der Großhandelsspanne zwischen dem Empfangsgroßhandel (GHK) und dem Platzgroßhandel (KGV) bzw (Kreis-KG) wird folgende Regelung getroffen:

1. Gemüse und Obst — Lagergeschäft —
GHK 40 Teile der Gsp.
KGV/Kreis-KG 60 Teile der Gsp. frei Lager KGV (Kreis-KG)

2. Südfrüchte — Lagergeschäft —

- GHK 40 Teile der Gsp.
KGV/Kreis-KG 60 Teile der Gsp. ab Lager d. GHK
Streckengeschäft (Direktlieferung ab Grenze DDR)
Für Gemüse und Obst sowie Südfrüchte
GHK 15 Teile der Gsp.
KGV/Kreis-KG 85 Teile der Gsp. frei Empfangsstation

3. Obst- und Gemüsekonserven — Lagergeschäft —

- GHK 50 Teile der Gsp.
KGV/Kreis-KG 50 Teile der Gsp. ab Lager des GHK (bei Lieferung gemäß Kauf- und Liefervertrag)
Streckengeschäft (Direktlieferung ab Grenze DDR)
GHK 15 Teile der Gsp.
KGV/Kreis-KG 85 Teile der Gsp. ab Grenze DDR.

- c) Die Ware wird in allen Fällen vom KGV (Kreis-KG) zum Neugewicht am Empfangsort übernommen.

- d) Der Teilung unterliegt die dem Großhandel bei Importen zustehende Großhandelsspanne. Die Mehrumsatzsteuer für akzisepflichtige Waren wird der Teilung mit unterworfen.

3. Speisekartoffeln:

Bei Einschaltung des GHK Obst und Gemüse als Empfangsgroßhandel erfolgt die Teilung der Großhandelsspanne entsprechend der Leistung beider Vertragspartner und ist im Vertrag festzulegen.

4. Weihnachtsbäume:

Die Lieferung von KGV (Kreis-KG) an den Einzelhandel erfolgt zum Großhandelsabgabepreis.

5. Prämien- und Provisionsregelung für Aufkäufer und Sammelstellen:

Für Aufkäufer und Sammelstellen bei Erfassung, Aufkauf und Großhandel für Obst und Gemüse sind die Prämien und Provisionsregelungen sowie ihre Änderungen vorher zwischen beiden Organen abzustimmen.

Zur Durchführung dieser Anweisung ist eine enge Zusammenarbeit der beteiligten Organe erforderlich. Die Anweisung tritt mit dem 1. Juni 1957 in Kraft.

W a c h
Minister

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 11/57

25X1

PREISDIENST

— 3665 —

Berlin, den 20. Mai 1957

Preisbewilligung Nr. J/VII/57/134
Plano-Dauerfärber (Rollapparate)

Schlüssel-Nr. 7119 Warennummer 38 69 90 00
 160 mm, lange Form zum Einfärben der Musterwalzen, mit fester Seitenhalterung, ausgerüstet mit zwei Farbübertragungswalzen aus einer besonders harten Gummispezialität.

Herstellerwerk: Wunderlich & Held, Gummiwarenfabrikation und Handel, Waltershausen i. Thür.

EVP	11,40 DM
Fach-HSP	1,90 DM
HAP	9,50 DM

Die Preise verstehen sich für Güteklasse 1.

Für Produkte der Güteklasse „S“ darf ein Zuschlag von 5 Prozent, für Produkte der Güteklasse „2“ muß ein Abschlag von 10 Prozent berechnet werden. Soweit für das entsprechende Produkt noch keine Vorlagepflicht beim DAMW besteht bzw. nur die Mindestgüte (leeres Dreieck) bestätigt wurde, dürfen bis zur endgültigen Einstufung die Preise nach der Güteklasse „1“ berechnet werden.

Preisstellung: Ab Versandstation einschließlich Verpackung. Versandverpackung gilt als Leihverpackung im Sinne der einschlägigen Bestimmungen.

I. V. Bernhardt
 Abteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 21/57

RICHTLINIE

— 5554 —

Berlin, den 21. Mai 1957

Änderung
der Richtlinien vom 7. Februar 1956
für die Errichtung und Tätigkeit der Gebraucht-
waren-Verkaufsstellen im volkseigenen Einzel-
handel (HO)

Der Abschnitt III, Abs. 6, der Richtlinien vom 7. Februar 1956 für die Errichtung und Tätigkeit der Gebrauchtwaren-Verkaufsstellen im volkseigenen Handel (HO) — „Verfg. u. Mittlg.“ Heft 5/1956 S. 47 — erhält folgende Fassung:

„Beim Verkauf von Gegenständen, die nach der Anweisung Nr. 1/1957 vom 5. Januar 1957 der dreifachen Rechnungslegung unterliegen, sind die Bestimmungen dieser Anweisung zu beachten.“

Lahr
 Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 21/57

— 3665 —

Berlin, den 18. Mai 1957

Preisbewilligung Nr. J/VII/57/131
Grudeheißlufttherd aus Stahlblech

Höhe 1470 mm, Breite 710 mm, Tiefe 525 mm. Nettogewicht etwa 100 kg.

Herstellerwerk: VEB (K) Metallbearbeitung und Kunststoffverarbeitung Artern.

Schlüssel-Nr. 7165	Warennummer 38 45 15 00
EVP	586,— DM
EHS	97,20 DM
GAP	488,80 DM
GHS	63,80 DM
IAP	425,— DM

Preisstellung: Ab Versandstation einschließlich Verpackung. Versandverpackung gilt als Leihverpackung im Sinne der entsprechenden Bestimmungen.

Hentschel
 Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 21/57

— 3665 —

Berlin, den 20. Mai 1957

Preisbewilligung Nr. J/VII/57/132
Transportabler keramischer Dauerbrandofen

Schlüssel-Nr. 7164 Warennummer 38 45 40 00
 3 × 1½ × 3, seitliche Luftzirkulationskanäle, Ofenabschluß Zierblechhaube mit Ziertür. Zierhaube und Ziertür bestehen aus Stahlblech mit Gittereinsatz im Ton der Kachelfarbe mit Spezialhammerschlaglack eingebraunt. Heizfläche 1,3 qm. Zubehör: Aschkasten. Gewicht: etwa 200 kg. Breite 660 mm. Tiefe 330 mm. Höhe 800 mm.

Herstellerwerk: Fa. Martin Jank-KG, Görlitz

EVP	248,— DM
EHS	41,— DM
GAP	207,— DM
GHS	27,— DM
IAP	180,— DM

Preisstellung: Ab Versandstation einschließlich Verpackung. Versandverpackung gilt als Leihverpackung im Sinne der entsprechenden Bestimmungen.

Hentschel
 Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 21/57

— 3620 —

Berlin, den 21. Mai 1957

Preiskorrektur Import-Marmelade
mit Wirkung vom 7. Mai 1957

Die angemeldeten Vergütungen werden von den Räten der Kreise, Abt. Finanzen, erstattet.

— Verfg. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 21/57

137

— 3620 —

Berlin, den 21. Mai 1957

Preisveränderungen für

a) Belichtungsmesser „Fotolux II“

b) FDJ- und JP-Touristenbekleidung

Mit Wirkung vom 3. Juni 1957 werden die Preise für die FDJ- und JP-Touristenbekleidung — Schlüsselnummer 4000 — sowie für den fotoelektrischen Belichtungsmesser „Fotolux II“ des VEB Elektro-Apparate-Werke „J. W. Stalin“, Berlin-Treptow, wie nachstehend aufgeführt geändert.

Für die im staatlichen und genossenschaftlichen Groß- und Einzelhandel befindlichen Bestände werden Vergütungen gewährt.

Die Aufnahme der Bestände erfolgt per 3. Juni 1957, 0.00 Uhr.

Die Bestände sind in den bekannten Bestandsmeldungen zu erfassen und bis zum 25. Juni 1957 (Ausschlußfrist) beim zuständigen Rat des Kreises — Abt. Finanzen — zu melden. Vergütet werden die für den Groß- und Einzelhandel angegebenen Beträge.

Bei Nichteinhaltung der Ausschlußfrist erlischt der Vergütungsanspruch.

Die Erstattungsbeträge sind im staatlichen Groß- und Einzelhandel wie folgt zu buchen:

a) beim Großhandel:

per 2609 „sonstige Forderungen an den Staatshaushalt“

an 170 „Warenbestand zum EKP“,

b) beim Einzelhandel:

per 2609 „sonstige Forderungen an den Staatshaushalt“

per 189 „nicht realisierte Handelsspanne“

an 180 „Warenbestand zum EVP“.

In den Verkaufsstellen-Berichten ist der volle Differenzbetrag zwischen altem und neuem EVP laut Preisänderungsprotokoll in der Spalte „Sonstiger Abgang zum EVP“ aufzunehmen. Der Ausfall an Handelsspanne ist in der Spalte „Sonstiger Abgang Handelsspanne“ einzusetzen.

„Fotolux II“ mit Ledertasche

	alt DM	neu DM
EVP	69,80	66,—
EHS	10,95	10,35
GAP	58,85	55,65
GHS	7,10	6,71
IAP	51,75	48,94

Vergütungsbeträge: Großhandel 2,81 DM, Einzelhandel 3,20 DM.

Warenart	Material	Artikel-Nr. der Schlüsselliste 1956	EVP alt	EVP neu	IAP neu	GHS neu	EHS neu	Vergütung GH	EH
FDJ-Bekleidung									
FDJ-Hosen, lang	Zellwolle	A 4649—FDJ	22,50	14,50	12,—	—,70	1,80	6,60	7,—
FDJ-Hose, kurz	„	A 4649—FDJ	14,—	9,80	8,10	—,49	1,21	3,50	3,69
FDJ-Hemd	Baumwolle	A 4649—FDJ	11,—	9,35	7,70	—,50	1,15	1,40	1,45
FDJ-Rock	Zellwolle	A 4649—FDJ	18,50	12,—	9,90	—,60	1,50	5,40	5,71
FDJ-Bluse	Baumwolle	A 4649—FDJ	10,50	8,90	7,35	—,45	1,10	1,35	1,40
FDJ-Windbluse	„	A 4649—FDJ	27,50	18,—	14,90	—,88	2,22	7,85	8,32
FDJ-Windjacke, flockegefärbt	„	A 4649—FDJ	31,—	18,—	14,90	—,88	2,22	10,70	11,37
JP-Touristenbekleidung									
JP-Windjacken bis Größe 80	Baumwolle	A 4649—JP	20,—	12,—	9,90	—,60	1,50	6,90	7,—
JP-Windjacken ab Größe 85	„	A 4649—JP	21,75	13,—	10,75	—,64	1,61	7,25	7,66
JP-Blusen bis Größe 80	„	A 4649—JP	7,—	4,50	3,70	—,24	—,56	2,10	2,21
JP-Blusen ab Größe 85	„	A 4649—JP	7,50	5,—	4,15	—,25	—,60	2,05	2,17
JP-Hemden bis Größe 80	„	A 4649—JP	7,50	5,—	4,15	—,25	—,60	2,05	2,17
JP-Hemden ab Größe 85	„	A 4649—JP	8,—	5,50	4,55	—,27	—,68	2,05	2,18
JP-Hose, kurz, bis Größe 9	Zellwolle	A 4649—JP	8,50	5,50	4,55	—,27	—,68	2,45	2,63
JP-Hose, kurz, ab Größe 10	„	A 4649—JP	9,50	6,—	4,95	—,30	—,75	2,85	3,05
JP-Rock bis Größe 80	„	A 4649—JP	10,50	6,—	4,95	—,30	—,75	3,75	3,95
JP-Rock ab Größe 85	„	A 4649—JP	11,60	6,50	5,40	—,30	—,80	4,20	4,52
Blusen mit Gummi bis Größe 80	Baumwolle	A 4649—JP	9,50	4,50	3,70	—,24	—,56	4,15	4,38
Blusen mit Gummi ab Größe 85	„	A 4649—JP	10,50	5,—	4,15	—,25	—,60	4,55	4,80
JP-Windjacken bis Größe 80	„	A 4649—JP	22,—	12,—	9,90	—,60	1,50	8,30	8,78
JP-Windjacken, flockegefärbt, ab Größe 85	„	A 4649—JP	23,—	13,—	10,75	—,64	1,61	8,25	8,76

Dressel
Staatssekretär

— Verf. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

MITTEILUNGEN

— 3340 —

Berlin, den 21. Mai 1957

**Operative Warenfinanzierungsplanung 1957
des Staatlichen Einzelhandels**

In den operativen Warenfinanzierungsplänen des I. und II. Quartals sind zum Teil wesentliche Fehler aufgetreten. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, in Ergänzung zu den bereits ergangenen Erläuterungen (Heft „Erläuterungen zum Finanzplan 1957“ vom 1. November 1956; „Verfg. u. Mittlg.“ Heft 4/1957 S. 34) nochmals auf einige Punkte einzugehen.

I.

**Teil Warenbewegung
(oberer Teil des Planes)**

In Spalte 3 ist der Plan-Endbestand des Vorquartals auszuweisen, um die Plan-Kontinuität herzustellen. In Spalte 4 wird die Berichtigung des Plan-Anfangsbestandes um die Höhe der im Laufe des Quartals abzusetzenden Überplanbestände (+) bzw. aufzufüllen den Unterplanbestände (./) vorgenommen. Die hierdurch zum Ausdruck gebrachte Bestandssituation für den Beginn des Quartals muß ihre Konsequenz in den planmäßigen Zulieferungen des Quartals finden, indem die Höhe der Zulieferungen den Abbau bzw. die Auffüllung der Bestände berücksichtigt.

Die Zulieferungen lt. Spalten 7, 10 und 13 ergeben die Gesamtzulieferungen lt. Spalte 5. Das gleiche trifft für den Umsatz zu (Spalten 8 + 11 + 14 = Spalte 6).

Die Endbestände in den einzelnen Monaten errechnen sich folgendermaßen:

1. Monat: Spalten 3 + oder ./ 4 + 7 ./ 8 = 9
2. Monat: Spalten 9 + 10 ./ 11 = 12
3. Monat: Spalten 12 + 13 ./ 14 = 15

Damit ist die Übereinstimmung mit der Rechnung
Spalten 3 + oder ./ 4 + 5 ./ 6 = 15
gegeben.

Unter diesen Bedingungen erfüllt der obere Teil des Warenfinanzierungsplanes seine Zweckbestimmung, einen Überblick über die Warenbewegung unter Berücksichtigung zu beseitigender Bestandsabweichungen am Quartalsbeginn zu geben.

Negative Werte für Zulieferungen oder Endbestände sind sachlich unmöglich. Pläne mit solchen Angaben weisen künftig die Filialen der Deutschen Notenbank zurück.

Von der grundsätzlich notwendigen Plankontinuität hinsichtlich der End- / Anfangsbestände kann bei der Warenfinanzierungsplanung für das III. Quartal abgewichen werden, um eine Übereinstimmung mit dem Plandurchschnittsbestand auf Grund erfolgter Verminderungen des Umlaufmittelfonds 1957 zu erreichen.

II.

**Teil Warenfinanzierung
(unterer Teil des Planes)**

Die Planung des durchschnittlichen Kreditbedarfs erfolgt auf der Grundlage durchschnittlicher Planbestände zu EKP (Spalten 5, 8, 12 und 16).

Die Planbestände zu EKP ergeben sich aus der dem Plan 81 zu entnehmenden Norm für den Umschlag (Richttage) und den Umsatzwerten zu EVP aus dem Teil Warenbewegung, umgerechnet mit der Handels-spanne von EVP auf EKP.

Die Summe der durchschnittlichen Planbestände der Monate (Spalten 8, 12, 16 bzw. 9, 13, 17), dividiert durch 3, muß den durchschnittlichen Planbestand des Quartals (Spalte 5 bzw. 6) ergeben.

Die einzigen direkten rechnerischen Beziehungen zwischen den Teilen Warenbewegung und Warenfinanzierung bestehen für die Endbestände hinsichtlich der Umrechnung mit der Handels-spanne.

Es entfällt die schematische Errechnung der durchschnittlichen Planbestände aus

$$\frac{\text{Anfangsbestand} + \text{Endbestand}}{2}$$

Diese Regelung berücksichtigt die besonders mit der Normierung des Warenumschlages und der Bestände in den Vordergrund getretene Darstellung des Planbestandes als Durchschnittsgröße. Dabei ist es sinnwidrig, sich nur auf zwei Stichtagsbestände bei der rechnerischen Ermittlung für einen längeren Zeitraum (Monat, Quartal) zu stützen, da diese nicht die Schwankungen des Finanzbedarfs innerhalb des Zeitraumes charakterisieren können.

Bei der gemeinsamen Betrachtung der zwei Teile des Warenfinanzierungsplanes muß jedoch beachtet werden, daß unter den planmäßigen Bedingungen der Entwicklung von Umschlag und Beständen im Einzelhandel keine beträchtlichen Abweichungen zwischen dem durchschnittlichen Finanzbedarf (Teil Warenfinanzierung) und der Entwicklung von Anfangsbestand zum Endbestand des Zeitraumes (Teil Warenbewegung) vorliegen dürfen. Abweichungen müssen jedoch in dem Umfange eintreten, in dem abzubauen Überplanbestände aus der Spalte 4 zwangsläufig in die Endbestände des Teiles Warenbewegung eingegangen sind. Bei Vorliegen solcher außerplanmäßigen Erscheinungen wird also im Finanzbedarf lt. Durchschnittsplanbestand der noch nicht abgebaute Überplanbestand nicht mit erfaßt.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die durchschnittlichen Planbestände für das Quartal sowie in der Differenzierung nach Monaten und Branchen auszuarbeiten. Die rechnerische Kontrolle erfolgt daneben nur für die bereits genannte Übereinstimmung:

$$\frac{\text{Summe der drei Durchschnittsbestände der Monate}}{3} = \text{Quartalsplanbestand.}$$

Die Filialen der Deutschen Notenbank sind durch deren Zentrale über diese Hinweise unterrichtet und angewiesen, dem entgegenstehende Warenfinanzierungspläne als Grundlage der Finanzierung abzulehnen.

Müller
Abteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

— 3210 —

Berlin, den 21. Mai 1957

**Abrechnung Obst und Gemüse**

Um den GHK und den zusammenfassenden Stellen die Arbeit zu erleichtern, wird die Anlage zur H 57 nicht mehr monatlich, sondern nur noch vierteljährlich verlangt.

a) Die Anlage zur H 57 ist per 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 1957 aufzustellen. Sie ist vollständig auszufüllen — obwohl die lfd. Nr. 1 bis 14 bereits in der Dekadenmeldung enthalten sind —, damit die rechnerische Kontrolle vom Anfangs- bis zum Endbestand gewährleistet ist. Die Monatsmeldung für April entfällt bereits. (Siehe FS an die Räte der Bezirke vom 17. Mai 1957.)

b) Die Dekadenmeldung auf Formblatt 4 ist für alle Dekaden zu geben. Sie wird zur Abrechnung des Volkswirtschaftsplanes gegenüber dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf sowie zur Kontrolle der Liefer- und Empfangspläne benötigt. — Die Vorlagetermine werden neu festgelegt. Die Meldungen der GHK müssen bei der Abt. H. u. V. beim Rat des Bezirkes bis zum 5. Werktag nach Dekadenende, die Bezirksergebnisse bis zum 8. Werktag nach Dekadenende beim Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung, vorliegen.

Kamrath
Abteilungsleiter

— Verg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

— 3200 —

Berlin, den 21. Mai 1957

**Abrechnung der Planposition „Tierische Fette, bearbeitet“**

Die Planung dieser Position erfolgt nur noch auf der Basis „Tierische Fette, bearb.“. Aus diesem Grunde ist es notwendig, die Abrechnung entsprechend vorzunehmen. Entgegen den bisherigen Festlegungen gilt ab 1. Juli 1957 folgende Regelung:

a) M G A E

In dieser Meldung ist sowohl „Markenware“ als auch „HO-Ware“ im Soll und Ist durch die Räte der Kreise, Abt. H. u. V., auf der Basis „Tierische Fette, bearb.“ abzurechnen.

Soweit die Endberichtspflichtigen (z. B. FHG) „Tierische Fette, roh“ melden, sind diese Mengen durch die Abt. H. u. V. der Räte der Kreise in „Tierische Fette, bearb.“ umzurechnen: $\frac{\text{Menge} \times 86}{100}$

b) W B P A z — Nahrungs- und Genußmittel
Hier ist entsprechend zu verfahren. Die Abrechnung erfolgt im Soll und Ist auf der Basis „Tierische Fette, bearb.“.

Kamrath
Abteilungsleiter

— Verg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

— 3200 —

Berlin, den 15. Mai 1957

**Kennzeichnung von Richtlinien und Mitteilungen der Abteilung Planabrechnung**

Ab sofort werden alle Richtlinien und Mitteilungen der Abteilung Planabrechnung durch ein vor die Überschrift gesetztes **A** gekennzeichnet. Alle so gekennzeichneten Beiträge sind von den für die Abrechnung zuständigen Mitarbeitern als Arbeitsunterlage zu sammeln.

— Verg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

— 4008 —

Berlin, den 23. Mai 1957

Verwendung von Methanol in den Ormig-Abteilungen

Wie das Min. f. Arbeit u. Berufsausbildung mitteilt, wird in einer Reihe von Betrieben an Stelle des beim Ormig-Verfahren üblichen Spiritus oder Hekto-Fluid Methanol verwendet.

Bei der Verwendung von Methanol besteht jedoch eine beträchtliche Gesundheitsgefährdung. Eine Arbeit mit diesem Mittel kann nur gestattet werden beim Tragen von Frischluftgeräten (vorübergehend) oder Errichtung einer gut wirkenden Absauganlage, die jedoch mit erheblichem Kostenaufwand verbunden ist und in keinem Verhältnis zur angeblichen Einsparung bei Verwendung von Methanol statt Spiritus steht.

Auf Grund der vorliegenden Feststellungen ist Methanol im Ormig-Verfahren nicht anzuwenden, um eine Gesundheitsgefährdung der Mitarbeiter zu verhindern.

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

— 4008 —

Berlin, den 23. Mai 1957

Ärztliche Reihenuntersuchungen der Werktätigen in den Betrieben

Auf Grund einer Mitteilung des Min. f. Gesundheitswesen wird nochmals auf folgendes hingewiesen:

Über die gemäß der 7. Durchführungsbestimmung vom 23. Juni 1955 (GBl. I Nr. 61/55 S. 502) zur Verordnung vom 10. Dezember 1953 (GBl. S. 1219) durchzuführenden Reihenuntersuchungen ist auch weiterhin vierteljährlich formlos beim zuständigen Rat des Kreises die Ergänzungsmeldung einzureichen.

Die Ergänzungsmeldung erfolgt für das Jahr 1957 unter der Genehmigungs-Nummer 650/11.

Da diese Meldungen die Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Durchführung der Reihenuntersuchung der Werktätigen sind, ist auf die termingemäße Abgabe unbedingt zu achten.

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

— 5550 —

Berlin, den 20. Mai 1957

Endmontage der Fahrräder

Zur Einsparung von Transportraum und Verhinderung von Transportschäden liefern die Produktionsbetriebe die Fahrräder teilmontiert an die Niederlassungen der DHZ Maschinen- und Fahrzeugbau aus. Um diesen ökonomischen Gesichtspunkten ebenfalls bei der Auslieferung der Fahrräder von den NL der DHZ M. u. F. an den Einzelhandel Rechnung zu tragen, wurde mit der Zentralen Leitung der DHZ M. u. F. Übereinstimmung erzielt, daß dort, wo im Einzelhandel die fachlichen und räumlichen Voraussetzungen gegeben sind, die Endmontage der Fahrräder im Einzelhandel durchgeführt werden kann.

Die NL der DHZ M. u. F. sind bereit, dem Einzelhandel für die Durchführung der Endmontage eine Vergütung zu gewähren. Die Höhe der Vergütung ist jedoch zwischen den Vertragspartnern individuell zu vereinbaren und sollte sich zwischen 0,80 bis 1 DM je Fahrrad bewegen.

Es ist in Verbindung mit den NL der DHZ M. u. F. festzulegen, wo und ab wann die Endmontage der Fahrräder durch den Einzelhandel übernommen wird.

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 21/57

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin — Postscheckkonto: 1400 25 — Erscheinungsweise: wöchentlich einmal — Fortlaufender Bezug: Nur durch die Post für den Dienstgebrauch — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,25 DM — Einzelausgabe: —,25 DM (nur zu beziehen vom Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Querstraße 4—6, Telefon: 66 147) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 131/57/DDR — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin N 54

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957	Berlin, den 1. Juni	Nr. 22
------	---------------------	--------

INHALT

I. Anweisungen

- A** Nr. 30/57 (Änderung) — Monatl. Operativmeldung über Zuckerverbrauch und Zuckerbestände 143
- Nr. 47/57 — Finanzierung von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Einzelwert bis zu 1000,— DM aus Kosten 143
- Nr. 48/57 — Veränderung der Zuständigkeit für die Entscheidung von Vertragsschiedsverfahren 144

II. Richtlinien

- Aufgliederung der zentralverteilten und gelenkten Warenfonds 1957 auf Handelssysteme (Ergänzung zur Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschaftsplanes 1957 vom 10. Dezember 1956) 145

III. Preisdienst

- Preisauszeichnung für Fernsehgeräte und Winkelstecker 145
- Preisbewilligung Nr. IV/6/57
- Kokosläufer 145

IV. Mitteilungen

- Vertragsaufhebung Haushaltskühlchränke 146
- A** Druckfehler in Formblättern 146
- A** Berichterstattung über die Entwicklung des Handelsnetzes 147

ANWEISUNGEN

— 3340 —

Berlin, den 27. Mai 1957

Anweisung Nr. 47/57

Finanzierung von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Einzelwert bis zu 1000,— DM aus Kosten

Im Interesse einer Verbesserung der materiell-technischen Ausrüstung des volkseigenen Handels wird im Einvernehmen mit der Staatlichen Plankommission und dem Ministerium der Finanzen folgendes angewiesen:

1. Zum Zweck der Ersatzbeschaffung und Komplettierung wird die Möglichkeit gegeben, Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung im Einzelwert von 201,— DM bis zu 1000,— DM aus Kosten zu finanzieren.
Die bisher vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten mit Investitionsmitteln und Investitionskrediten können unabhängig voneinander weiter unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen in Anspruch genommen werden.
Der Erwerb von Gegenständen, der ausschließlich einer nachweisbaren Rationalisierung dient, ist jedoch mittels Investitionskrediten vorzunehmen. Die Finanzierung von Grundmitteln, die zur Inbetriebnahme neuer Kapazitäten notwendig sind (Erstaussattung), erfolgt auch weiterhin nur aus Investitionsmitteln bzw. durch Inanspruchnahme von Investitionskrediten.
2. Die Direktoren der Betriebe sind dafür verantwortlich, daß durch die Finanzierung von Anlagegegenständen aus Kosten keine Überschreitung der Plankosten eintritt.
3. Der Erwerb gebrauchter Gegenstände erfolgt zum Zeitwert, jedoch darf der Neuwert des einzelnen Gegenstandes 1000,— DM nicht übersteigen.
4. Die Anschaffungen aus Kosten sind nicht zu aktivieren und unterliegen nicht der Abschreibungspflicht. Sie sind nur zu inventarisieren.

5. Die mit dem Erwerb von Anlagegegenständen nach Maßgabe dieser Anweisung entstehenden Kosten sind von den volkseigenen Einzelhandelsbetrieben auf dem Konto 321, von den volkseigenen Großhandelsbetrieben auf dem Konto 329 zu buchen und besonders zu kennzeichnen.
6. Über die Versicherung der aus Kosten angeschafften Gegenstände ergeht eine besondere Anweisung.
7. Diese Anweisung tritt rückwirkend ab 1. Januar 1957 in Kraft.

Wach
Minister

— Vergf. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 22/57 —

— 3200 —

Berlin, den 29. Mai 1957

Anweisung Nr. 30/57

(Änderung)

A Monatliche Operativmeldung über Zuckerverbrauch und Zuckerbestände

Von einigen Bezirken wurde bekannt, daß die vorgesehenen Vorlagetermine nicht eingehalten werden können, da die Abrechnung durch die Konsumverkaufsstellen nicht, wie laut Abrechnungsrichtlinie vorgesehen, bis zum 5. Werktag nach Monatsende, sondern mit Billigung der Bezirke erst zwischen dem 10. und 12. Werktag erfolgt.

Eine Vorverlegung des Termins würde zu einer zeitlichen und finanziellen Belastung der Konsumverkaufsstellen führen. Ich ändere daher die Vorlagetermine wie folgt:

- a) Abt. H. u. V., Rat des Kreises, telefonisch an Abt. H. u. V. beim Rat des Kreises bis 13. Werktag nach Monatsende (17.00 Uhr);
- b) Abt. H. u. V., Rat des Bezirkes, an Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung, per FS bis 14. Werktag nach Monatsende (17.00 Uhr).

Wach
Minister

— Vergf. u. Mittlg. Min. f. H. u. V. Heft 22/57 —

— 1340 —

Berlin, den 31. Mai 1957

Anweisung Nr. 48/57**Veränderung der Zuständigkeit für die Entscheidung von Vertragsschiedsverfahren**

Im Einvernehmen zwischen dem Min. f. H. u. V., dem Staatssekretariat für Erfassung und Einkauf und dem Staatlichen Vertragsgesicht bei der Regierung der DDR. wird angewiesen:

I.

Im I./57 wurde eine Reorganisation durchgeführt, die sich auf die Erfassung und den Einkauf von Obst und Gemüse und auf den Lebensmittelgroßhandel im Bereiche des Min. f. H. u. V. bezieht. Die Grundsätze dieser Reorganisation und ihre Einzelheiten sind zu entnehmen aus:

1. Anordnung vom 15. Januar 1957 über die Änderung der Erfassung, des Einkaufes und des Großhandels mit Obst, Gemüse und Wildfrüchten (GBl. I S. 60).
2. Anordnung vom 29. April 1957 über das Statut der GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse (GBl. II S. 165).
3. Anweisung des Min. f. H. u. V. Nr. 8/57 zur Anordnung vom 15. Januar 1957 („Verf. u. Mittlg.“ des Min. f. H. u. V. Heft 6/57).
4. Anweisung des Min. f. H. u. V. Nr. 12/57 über die Durchführung des Importleithandels mit Nahrungsgütern — Pflanzliche Erzeugnisse — („Verf. u. Mittlg.“ des Min. f. H. u. V. Heft 7/57).
5. Richtlinie des Min. f. H. u. V. zur Anordnung vom 15. Januar 1957 („Verf. u. Mittlg.“ des Min. f. H. u. V. Heft 6/57).
6. Richtlinie des Min. f. H. u. V. für das Einfließen der wirtschaftlichen Ergebnisse der GHK für Lebensmittel (außer GHK für Obst- und Gemüseleithandel. Berlin) sowie der kommunalen Großhandelsbetriebe in den Haushalt der Räte der Bezirke ab 1. Januar 1957 („Verf. u. Mittlg.“ des Min. f. H. u. V. Heft 6/57).
7. Anweisung des Staatssekretariats für Erfassung und Einkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse für die Ausgliederung des Arbeitsgebietes Gemüse und Obst von den VVEAB und VEAB („Information über die Veränderung der Erfassung des Einkaufes und des Großhandels mit Obst und Gemüse“ in „Verf. u. Mittlg.“ des Min. f. H. u. V. Heft 10/57 S. 82).

II.

Für die Zuständigkeit des Staatlichen Vertragsgesichtes für die Entscheidung von Streitfällen, an denen Betriebe beteiligt sind, die unter die im Abschnitt I genannte Reorganisation fallen, ergibt sich folgendes:

1. Unterstellung

- A. Den Räten der Bezirke sind ab 1. April 1957 unterstellt:
 - die GHK für Obst und Gemüse,
 - die GHK für Lebensmittel,
 - die GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse.
 Diese GHK sind mit gleichem Zeitpunkt Partner gemäß § 5 Ziff. 1 VGVO, also Partner, die zur örtlichen Industrie (Wirtschaft) des Bezirkes gehören.
- B. Bis zum 31. März 1957 unterstanden die unter Buchst. A. genannten GHK der Verwaltung der NL des GHK für Lebensmittel.
- C. Das GHK für Obst- und Gemüseleithandel ist seit seiner Bildung am 1. April 1957 dem Min. f. H. u. V. direkt unterstellt.

2. Rechtsnachfolge

- A. Die NL des GHK für Lebensmittel werden in GHK für Lebensmittel oder in GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse umbenannt, ohne daß für oder gegen sie bestehende Forderungen dadurch berührt werden (Abschnitt V Ziff. 2 der Anweisung Nr. 8/57).
- B. Rechtsnachfolger der Kommunalen Großhandelsbetriebe sind:
 - die neugebildeten GHK für Obst und Gemüse,
 - die GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse,
 - die NL der GHK für Industriewaren.
 (§§ 3 und 6 Buchst. b der Anordnung vom 15. Januar 1957 Abschnitt I Ziff. 1, Anweisung Nr. 8/57).
 Im Streitfalle entscheidet über die Rechtsnachfolge der Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V. (Abschnitt I Ziffern 2 u. 3 der Anweisung Nr. 8/57).
- C. Das GHK für Obst- und Gemüseleithandel ist Rechtsnachfolger der NL Importleithandel des GHK für Lebensmittel (Abschnitt I der Anweisung Nr. 12/57).
- D. Die GHK für Obst und Gemüse und die GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse sind Rechtsnachfolger der VEAB aus Verträgen über die Lieferung von Obst und Gemüse (Aufkauf und Liefervereinbarungen mit den Erzeugern und Lieferverträge mit den Bedarfsträgern) für das II./57, jedoch nicht aus Verträgen für das I./57 (Ziffern 1 und 7 der Anweisung des Staatssekretariats für E. u. A.).
- E. Rechtsnachfolger der HO Kreisbetriebe sind die GHK für Obst und Gemüse und die GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse nur, soweit zwischen den Betrieben entsprechende Vereinbarungen getroffen wurden (§§ 3 und 6, Buchst. a der Anordnung vom 15. Januar 1957).

3. Zuständigkeit

- A. Verfahren, die von den NL des GHK für Lebensmittel einschließlich der NL Importleithandel bei der Vertragsschiedsstelle des Min. f. H. u. V. anhängig gemacht und bis zum 31. März 1957 eingeleitet wurden, werden von der Vertragsschiedsstelle auch nach dem 31. März 1957 entschieden.
- B. Verfahren, die für und gegen Kommunale Großhandelsbetriebe bei den Staatlichen Vertragsgesichten anhängig gemacht und bis zum 31. März 1957 eingeleitet wurden, werden auch nach dem 31. März 1957 von dem Staatlichen Vertragsgesicht entschieden, das das Verfahren eingeleitet hat.
- C. Für Verfahren, die von den VEAB oder gegen diese aus Verträgen über Obst und Gemüse für das I./57 anhängig gemacht werden, tritt durch die Reorganisation keine Veränderung in der Zuständigkeit für die Einleitung und Entscheidung der Verfahren ein. Verfahren, die von den VEAB oder gegen diese über Verträge über Obst und Gemüse für das II./57 bei den Staatlichen Vertragsgesichten anhängig gemacht und bis zum 31. März 1957 eingeleitet wurden, werden auch nach dem 31. März 1957 von dem Vertragsgesicht entschieden, das das Verfahren eingeleitet hat.
- D. Verfahren, die gemäß Buchstaben a, b und c, Abs. 2, noch nicht bis zum 31. März 1957 eingeleitet wurden, sind an das zuständige Vertragsgesicht weiterzuleiten, soweit eine Veränderung der Zuständigkeit gegeben ist.

Ministerium für Handel und Versorgung Wach Minister	Staatliches Vertragsgesicht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik Schilske Vorsitzender
Staatssekretariat für Erfassung und Einkauf Streit Staatssekretär	

— Verf. u. Mittlg. —

Min. f. H. u. V.

Heft 22/57

PREISDIENST

— 3620 —

Berlin, den 31. Mai 1957

**Preisauszeichnung für
Fernsehgeräte und Winkelstecker**

Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die Preisauszeichnung für Fernsehgeräte und Winkelstecker getrennt vorzunehmen ist.

Sämtliche Preisschilder, auf denen für beide Erzeugnisse nur der Gesamtbetrag angegeben ist (z. B. Fernsehtruhe „Claudia“ 5304,20 DM einschließlich Winkelstecker) sind durch neue Schilder mit getrennten Angaben zu ersetzen.

Bernhardt
Abteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 22/57 —

RICHTLINIE

— 3131 —

Berlin, den 31. Mai 1957

**Aufgliederung der zentralverteilten und gelenkten
Warenfonds 1957 auf Handelssysteme**

Ergänzung zur Richtlinie zur Herausgabe des Volkswirtschaftsplanes 1957 vom 10. Dezember 1956 („Verfg. u. Mittlg.“ Heft 32/56)

Nach Abs. C II 2 der vorgenannten Richtlinie waren die Positionen der zentralverteilten und gelenkten Fonds durch die Räte der Kreise im Planrücklauf nach Großverbrauchern und Eigentumsformen zu untergliedern. Auf dem Sektor Industriewaren stellte es sich im Laufe der Plandurchführung als ein Mangel heraus, daß die Räte der Bezirke den Planrücklauf nur nach den Handelssystemen des Einzelhandels, aber nicht nach denen des Großhandels kennen, obwohl der sozialistische Großhandel auf Grund der neuen Planmethodik von den Räten der Kreise verbindliche Pläne erhalten hat. Dadurch ist eine Kontrolle des Vertragsabschlusses und der Einhaltung der staatlichen Aufgaben durch die Räte der Bezirke erschwert.

Deshalb ist die Richtlinie wie folgt zu ergänzen:

Die Räte der Kreise, Abt. H. u. V., reichen an die Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., für Industriewaren zu den Einzelpositionen des zentralverteilten und gelenkten Fonds insgesamt und nach Handelssystemen jeweils die Untergliederung auf

staatliche Großhandelsbetriebe,
Direktbezüge des staatl. Einzelhandels von der Produktion
konsumgenossenschaftlichen Großhandel,
privaten Großhandel (nach vorhandener Möglichkeit)

bis zum 20. Juni 1957 ein.

I. V.: Reimann
Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 22/57 —

— 3640 —

Berlin, den 31. Mai 1957

Preisbewilligung Nr. IV/6/57**Kokosläufer**

Um bei Kokosläufeln für gleiche Qualitäten einheitliche Einzelhandels-Verkaufspreise zu gewährleisten, hat das Min. f. H. u. V. mit den Herstellern vereinbart, welche Qualitäten und Breiten hergestellt werden und welche Einsatzgewichte jeweils gelten.

Auf Grund der Herstellerkalkulationen wurden nachstehende Einzelhandels-Verkaufspreise (EVP) festgelegt (EHAP zur Information).

Ab sofort sind Kokosläufer nur noch mit den der Qualität und Ausführung entsprechenden nachstehenden Preisen auszuliefern. Eventuelle Bestände des Handels sind zu den bisherigen Preisen auszuverkaufen:

1. Kokosläufer, 100 % Kokos

Qualität	Einsatzgewicht kg pro qm	Breite cm	Nomenklatur-Nr.	EHAP DM pro lfd. m	EVP DM
Prima gemustert	1,950—2,050	67/68	4257—55200	4,70	13,65
		90	4257—55208	6,30	18,25
		100	4257—55210	6,90	20,—
		120	4257—55215	8,40	24,40
Extra natur auch mit gefärbt. Schuß	2,250—2,350	67/68	4257—55199	4,50	13,05
		90	—55207	6,10	17,70
		100	—55209	6,60	19,15
		120	—55214	8,10	23,50
Extra uni gefärbt	2,250—2,350	67/68	4257—55204	5,50	15,95
		90	—55211	7,20	20,90
		100	—55214	8,10	23,50
		120	—55219	9,60	27,85
Extra gemustert	2,250—2,350	67/68	4257—55204	5,50	15,95
		90	—55211	7,20	20,90
		100	—55214	8,10	23,50
		120	—55219	9,60	27,85
Extra schwer, natur (auch m. gefärbt. Schuß)	2,450—2,550	67/68	4257—55201	4,90	14,20
		90	—55209	6,60	19,15
		100	—55212	7,50	21,75
		120	—55217	9,—	26,10
Extra schwer, uni gefärbt	2,450—2,550	67/68	4257—55207	6,10	17,70
		90	—55214	8,10	23,50
		100	—55217	9,—	26,10
		120	—55222	10,80	31,30
Extra schwer, gemustert	2,450—2,550	67/68	4257—55207	6,10	17,70
		90	—55214	8,10	23,50
		100	—55217	9,—	26,10
		120	—55222	10,80	31,30

2. Kokosläufer, 85 % Kokos, 15 % Sisal

Extra uni gefärbt	2,050—2,150	67/68	4257—55204	5,50	15,95
		90	—55211	7,20	20,90
		100	—55214	8,10	23,50
		120	—55219	9,60	27,85
Extra gemustert	2,050—2,150	67/68	4257—55204	5,50	15,95
		90	—55211	7,20	20,90
		100	—55214	8,10	23,50
		120	—55219	9,60	27,85

I. V.: Bernhardt
Abteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 22/57 —

MITTEILUNGEN

— 3523 —

Berlin, 29. Mai 1957

Vertragsaufhebung Haushaltskühlschränke

VEB DKK Scharfenstein

VEB Elektromaschinenbau,

Sachsenwerk Dresden-Niedersedlitz

Der VEB DKK Scharfenstein und der VEB Elektromaschinenbau Sachsenwerk Dresden-Niedersedlitz haben die mit dem Handel für das III./1956 vertraglich gebundenen Haushaltskühlschränke der Typen 90 und 125 ltr. nicht geliefert.

Auf Grund einer gemeinsamen Untersuchung der Ministerien für Handel und Versorgung und für Schwermaschinenbau sind beide Ministerien zu der Auffassung gelangt, daß die genannten volkseigenen Betriebe für die erwähnte Nichtlieferung nicht verantwortlich sind. Es wird daher empfohlen, Vertragsstrafen wegen Nichtlieferung von Haushaltskühlschränken der Typen 90 und 125 ltr. aus Verträgen für das III./1956 weder vom Einzelhandel gegen den Großhandel noch vom Großhandel gegen die genannten volkseigenen Betriebe geltend zu machen.

Soweit bereits Anträge an das Staatliche Vertragsgericht gestellt wurden, empfiehlt es sich, diese zurückzunehmen, wobei die Kosten durch das Staatliche Vertragsgericht niedergeschlagen werden.

Borrmann

Stellvertreter des Ministers

Schneiderheinze

Stellvertreter des Ministers

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 22/57 —

— 3210 —

Berlin, den 31. Mai 1957

A**Druckfehler in Formblättern**

1. Im Formblatt H 57 (WAM) für die GHK-Lebensmittel ist in der Auflage für das II. Quartal folgende Änderung im Kopf vorzunehmen:
— auflaufend ab Quartalsbeginn —
(also per 30. Juni 1957 = 1. April bis 30. Juni 1957).
2. Im Formblatt WPaz-Industriewaren ist die Mengeneinheit in der lfd. Nr. 64 „7126 Eßbestecke — 4-teilig“ in „TGrt“ abzuändern.
3. Außerdem ist in „Verfg. u. Mittlg.“ Heft 20/57 in der Mitteilung „Zusätzliche Angaben über die Entwicklung des Teilzahlungsgeschäftes“ in Ziffer 2 folgende Änderung vorzunehmen:
„per 31. Juli 1957 für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Juli 1957 usw.“

Kamrath
Abteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 22/57 —

— 3200 —

Berlin, den 31. Mai 1957

A**Berichterstattung****über die Entwicklung des Handelsnetzes**

Nachdem im Jahre 1957 die Methodik der Planung der Entwicklung des Handelsnetzes verändert und die Verantwortung für die planmäßige Entwicklung des Handelsnetzes den örtlichen Staatsorganen übertragen wurde, entfällt die bisherige vierteljährliche Abrechnung des Planes zur Entwicklung und Spezialisierung des Handelsnetzes.

Im Jahre 1957 wird nur noch halbjährlich über die Entwicklung des Handelsnetzes berichtet.

Die Berichterstattung erfolgt mit Stichtag 30. Juni 1957 und 31. Dezember 1957.

Per 30. Juni 1957 ist nur auf Formblatt HN — Blatt 1 (ohne Spalte 8) und Blatt 2 — Gaststätten — zu berichten.

Per 31. Dezember 1957 ist außerdem auf Formblatt HN — Blatt 3 — Verkaufsstellen — zu melden.

1. Formblatt und Berichtszeitraum:

- a) Formblatt: Berichterstattung über die Entwicklung des Handelsnetzes.

Kurzbezeichnung: HN, Blatt 1 (Format A 3)

HN, Blatt 2 — Gaststätten
(Format A 4)

HN, Blatt 3 — Verkaufsstellen
(Format A 3)

Genehmigungs-Nr.: 260/50 vom 2. Mai 1957

- b) Stichtage: per 30. Juni 1957 mit Formblatt
HN, Blatt 1 (ohne Spalte 8)
HN, Blatt 2 — Gaststätten
per 31. Dezember 1957 mit Formblatt
HN, Blatt 1
HN, Blatt 2 — Gaststätten
HN, Blatt 3 — Verkaufsstellen

2. Inhalt der Abrechnung:**Blatt 1**

(Angaben auf der Vorderseite)

Spalte 0: Branche

- a) Die im Formblatt eingedruckte Nomenklatur sowie die Kennziffern lt. Kopfspalte sind auch für die Berichtspflichtigen verbindlich, die formlos nach HN berichten (z. B. Industrieläden).
- b) Die Selbstbedienungsläden werden als besondere Branchen abgerechnet und dürfen in den übrigen Branchen nicht mit enthalten sein.
- 192 Selbstbedienungsläden, die Nahrungs- oder Genussmittel oder beides führen. Sie dürfen in 111 bis 191 nicht enthalten sein.

292 Selbstbedienungsgaststätten. Diese dürfen in 211 bis 281 nicht enthalten sein.

992 Selbstbedienungsläden mit Industriewaren. Hier sind alle Selbstbedienungsläden aufzuführen, die mit Schuhen, Textilien oder Sonstigen Industriewaren oder auch mit kombinierten Industriewarensortimenten handeln. So erscheint ein Selbstbedienungsladen für Schuhe nicht unter 411, sondern unter 992.

Alle Selbstbedienungsläden, die Industriewaren handeln, gehören zur Branchengruppe 900.

- c) HO-Lebensmittelbetriebe bzw. HO-Warenhäuser melden „Fischbrat- und -backstuben“ sowie „Imbißstuben“ auf Blatt 1 unter 200 „Gaststättengewerbe insgesamt“ und brauchen nicht gesondert auf Blatt 2 — Gaststätten — zu berichten (siehe auch Begriffsbestimmungen). HO-Gaststättenbetriebe, HO-Kombinate und Konsum-Kreisverbände melden in dieser Zeile die Angaben lt. Blatt 2, Spalte 35.

- d) Warenhäuser, die eine räumliche und organisatorische Einheit bilden, melden nur in Branche 331. Die einzelnen Abteilungen sind nicht als gesonderte VSt'en den entsprechenden Branchen zuzuordnen. Umfaßt der Betrieb räumlich nicht zusammenhängende Objekte (z. B. Warenhaus am Alexanderplatz, Berlin) ist eine getrennte Abrechnung entsprechend den einzelnen Branchen vorzunehmen. Diese Regelung gilt auch sinngemäß für Gaststättenbetriebe.

Spalte 1:

Verkaufsstellen insgesamt einschl. Nebenstellen (ohne Agenturen).

Die Zuordnung zu den einzelnen Branchen erfolgt nach dem durchschnittlichen Hauptumsatz (Schwergewicht). Es sind alle selbständigen und außerdem die diesen angeschlossenen VSt'en und Gaststätten (Nebenstellen) aufzuführen, die über einen längeren Zeitraum bestanden haben. (Es rechnen z. B. nicht VSt'en dazu, die nur während des Weihnachtsverkaufs geöffnet waren).

Spalten 2-4:

Sind „Darunterangaben“ der Spalte 1.

Spalte 2:

Hier sind alle VSt'en zu melden, die als „Landversorgung“ festgelegt sind.

Spalte 3:

Laden-VSt'en bzw. Gaststätten.

Spalte 4:

Betriebs-VSt'en bzw. Betriebs-Gaststätten.

Spalte 5:

Umsatz, der in den VSt'en lt. Spalte 1 getätigt wurde.

Per 30. Juni 1957 ist der Umsatz für das II./57, per 31. Dezember 1957 ist der Umsatz für das IV./57 einzusetzen.

Spalte 6:

Hier ist die Anzahl der Verkaufskräfte in Vollkräften im Quartalsmittel anzugeben. Stunden- und Halbtagskräfte sind also umzurechnen. Für die Zuordnung gelten die gleichen Gesichtspunkte wie im Arbeitskräfteplan;

(Siehe auch AQ/EH, Abschnitt e, Spalte 2, Zeile 8 bis 8,3.)

Spalte 7:

Anzahl der Lehrlinge (Kopfzahl).

Hierzu gehören:

Verkaufs-Lehrlinge,

Kellner-Lehrlinge,

Koch-Lehrlinge,

jedoch nicht Lehrlinge der Produktionsbetriebe und Verwaltungslehrlinge.

(Siehe auch AQ/EH, Abschnitt c, Spalte 2, Zeile 5,12.)

Spalte 8:

Hier ist die „Verkaufsraumfläche insgesamt“ je Branche in qm aufzuführen. Per 31. Dezember 1957 muß sie mit der Addition der qm-Angaben für die einzelnen Größenklassen lt. Blatt 3 übereinstimmen (entfällt per 30. Juni 1957).

Spalte 9 und 10:

Ist nur von den Konsumgenossenschaften auszufüllen!

Spalte 9:

Agenturen (Verbindungsstellen) dürfen nicht in Spalte 1 enthalten sein! Unter Agenturen werden solche VSt'en verstanden, die von der KG nicht unterhalten werden und für die auch nicht das Personal gestellt wird. Die Verbindungsstellen arbeiten mit der KG auf Provisionsbasis.

Spalte 10:

Umsatz der in Spalte 9 ausgewiesenen Agenturen. Der Umsatz ist branchenmäßig entsprechend Spalte 9 auszuweisen. Er darf nicht in Spalte 5 enthalten sein!

Blatt 1

(Angaben auf der Rückseite)

- a) Anzahl und Gliederung der bilanzierenden Betriebe sind nur vom volkseigenen Einzelhandel zu geben;
- b) Der genossenschaftliche Einzelhandel berichtet über die Struktur.
- c) Aufgliederung des Warenumsatzes.

Als Umsatz außerhalb der VSt'en zählen Umsätze, die getätigt wurden, jedoch nicht über eine VSt abgerechnet wurden (z. B. Sondereinsätze ab Lager). Gelegentliche Einsätze zu besonderen Anlässen (Sportveranstaltungen, Ferienlager sowie Bauchladen) sind nur dann in Zeile „Umsatz außerhalb der VSt'en zu erfassen, wenn sie ab Lager getätigt

werden; sonst erscheinen sie in der Abrechnung der Verkaufsstelle. Gesamtumsatz muß mit WBUB übereinstimmen (+ Umsatz „Gebrauchtwaren“).

Begriffsbestimmungen:**Verkaufsstellennetz**

Die Gesamtheit der VSt'en und Gaststätten

- a) regional in einem Bereich der staatlichen Verwaltung, wie Gemeinde, Stadt, Kreis usw.;
- b) ökonomisch innerhalb eines sozialistischen Einzelhandelsbetriebes.

Verkaufsstelle

Eine festbegrenzte und ortsgebundene räumliche Einheit, in der der Bevölkerung Ware zum Verkauf angeboten wird.

Kiosk

Überdachte Verkaufsstelle auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Bahnhofs-, Anstalts oder Betriebsgelände, die längere Zeit den gleichen Standort beibehält.

Verkaufszug

Fahrzeug, das Waren zum Verkauf auf das Land oder in einzelne Betriebe bringt und gleichzeitig als Verkaufsstelle dient.

Branche (Geschäftszweig)

Zusammenstellung von VSt'en nach warenmäßigen Gesichtspunkten entsprechend der Kaufgewohnheit der Bevölkerung. Das Schergewicht des geführten Warensortiments ist maßgeblich für die Zuordnung einer Verkaufsstelle zu einer Branche; z. B. Süßwaren, Fisch und Fischwaren, Damenkonfektion usw. Zur Zeit sind in der Planmethodik folgende neun Branchengruppen festgelegt:

Verkaufsstellen für:

- 100 Nahrungs- und Genußmittel,
- 200 Gaststättengewerbe,
- 300 Gemischtwaren mit Lebensmitteln,
- 400 Bekleidung und Textilien,
- 500 Kultureller Bedarf,
- 600 Hausrat, Wohn- und Baubedarf,
- 700 Artikel für Körperkultur und Gesundheitspflege,
- 800 Sonstigen Fachhandel (Fahrzeuge, Zoologische Art., Blumen, Kleingärtnerbedarf, Brennstoffe, Sargmagazine),
- 900 Industriewaren aller Art.

Gemischwarenverkaufsstelle

Verkaufsstelle mit weniger als 30 Verkaufskräften, die Nahrungsgüter und Industriewaren führt. Das Hauptgewicht liegt beim Umsatz von Nahrungsgütern. Industriewaren werden jedoch nicht nur als Zusatzartikel (z. B. Seife, Waschpulver, Kosmetik usw.) angeboten,

sondern in einem breiten Sortiment in Ermangelung einer Spezial-VSt mitgeführt. Der Industriewarenanteil beträgt mindestens 20 % des Gesamtumsatzes.

Kaufhaus

Verkaufsstelle mit mindestens 30 Verkaufskräften, die Waren entweder in Nahrungs- und Genußmitteln oder in Industriewaren führt.

Das „Kaufhaus des Bauern“, das von den KG in Kreisstädten geführt wird, trägt nicht den Charakter eines Kaufhauses, sondern eines Warenhauses.

Warenhaus

Einzelhandelsbetrieb, der seine Waren zum überwiegenden Teil direkt von der Produktion bezieht, mit mindestens 30 Verkaufskräften, der Nahrungs- und Genußmittel und Industriewaren in getrennten Abteilungen führt.

Landwarenhäuser

Verkaufsstelle der KG mit Nahrungsgütern und Industriewaren in getrennten Abteilungen, deren Sortiment auf die besonderen Bedürfnisse der Landbevölkerung abgestellt ist.

Typ A

Verkaufsstelle in ländlichen Gebieten ohne oder mit Imbißstube, die eine Verkaufsraumfläche von über 100 bis 200 qm hat. Der durchschnittliche Jahresumsatz beträgt über 750 bis 1200 TDM mit einem Industriewarenanteil von mehr als 60 %.

Typ B

Verkaufsstellen in ländlichen Gebieten ohne oder mit Imbißstube, die eine Verkaufsraumfläche von über 200 qm hat. Der durchschnittliche Jahresumsatz beträgt mehr als 1200 TDM mit einem Industriewarenanteil von mehr als 70 %.

Verkaufsraumfläche

Diejenige Fläche der Ladenverkaufsstellen, Kioske und sonstiger VSt'en, auf der der Einzelhandel seine Verkaufshandlungen mit der Kundschaft durchführt. Auf der Verkaufsraumfläche befinden sich auch Ladentische, Regale (Vitrinen), Kasse, Warenausgabe und Schaufenster; die Verkaufsraumfläche wird von den Wänden des jeweiligen Verkaufsraumes (Verkaufsstelle, Kiosk) begrenzt. Lager gehören nicht hierzu.

Gaststätten ohne Küchenbetrieb

Hierunter fallen alle Gaststätten, die keinen regulären Küchenbetrieb haben, jedoch kalte Speisen neben einem vollständigen Getränkeassortiment verabreichen.

Gaststätten mit Speisebetrieb

Hierher gehören alle Gaststätten, welche vorrangig Speisen in einem vollen Sortiment führen. Warme und kalte Speisen werden sowohl nach Tages- als auch nach Standardkarte verabreicht.

Cafés und Konditoreien

Cafés, die mit einer Backwaren-VSt verbunden sind, sind nur dann hier zu melden, wenn das Schwergewicht des Umsatzes im Café getätigt wird. Sonst rechnet die gesamte Einheit unter „121 Back- und Konditorwaren“.

Imbißstuben

Diese werden nur gesondert ausgewiesen, wenn sie selbständig abrechnende VSt'en sind. Soweit sie als angeschlossene Abteilungen geführt werden, gehen sie in die Abrechnung der abrechnenden VSt ein (z. B. Abt. der Warenhäuser).

Kleinstobjekte

Kleinstobjekte sind Betriebsstätten, die auf der Grundlage eines Arbeitsvertrages für Kleinstobjektleiter und seines Vertreters (Ehepaarvertrag) arbeiten.

Gastraumfläche

Dazu sind alle Räume zu melden, die dem Gast zugänglich sind und die gastronomisch genutzt werden.

Fläche der Küchen- und Wirtschaftsräume

Die Warme-, Kalte-, Kaffee- und Abwaschküche. Alle Lager- und Kühlräume. Wein-, Bier-, Kohlen- und Heizungskeller. Hauseigene Wäschereien und sonstige Dienstleistungswerkstätten.

Blatt 2 — „Gaststätten“

Nomenklatur:

Die Nomenklatur ist nur auf dem Blatt 2 enthalten, das von allen Betrieben, die Gaststätten betreiben, aufzustellen ist. Ausgenommen sind HO-Lebensmittelbetriebe. Die Spalte 35 des Blattes 2 ist in die Zeile 200 „Gaststättengewerbe insgesamt“ des Blattes 1 zu übernehmen.

Und zwar: lfd. Nr. 1 = Spalte 1, Blatt 1

lfd. Nr. 7 = Spalte 8, Blatt 1

lfd. Nr. 14 = Spalte 6, Blatt 1

lfd. Nr. 16 = Spalte 5, Blatt 1

Spalte 39 — Die Konsumgenossenschaften melden ihre Gaststätten mit Übernachtungsmöglichkeiten (vor allem auf dem Lande) in der lfd. Nr. 2 „darunter Kleinstobjekte“ der Branche 222.

Blatt 3 „Verkaufsstellen“

Spalte 0: Branche wie Blatt 1

Spalten 11+15+19+23+27+31 = Blatt 1, Spalte 1

Spalten 12+16+20+24+28+32 = Blatt 1, Spalte 8

Spalten 13+17+21+25+29+33 = Blatt 1, Spalte 5

Spalten 14+18+22+26+30+34 = Blatt 1, Spalte 6

Alle Verkaufsstellen (auch Kioske, fahrbare VSt'en, Verkaufsstände) sind den einzelnen Größenklassen entsprechend der Verkaufsraumfläche zuzuordnen.

3. Abrechnung und Termine

Die HO-Kreisbetriebe bis zum 22. Juli 1957 bzw. 25. Januar 1957 an:

aa) Rat des Kreises, Abt. H. u. V. (2-fach, wenn nur ein Kombinat vorhanden ist),

bb) Kreisstelle der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik.

Zentralgeleitete HO-Betriebe

Zentralgeleitete HO-Gaststätten

Die Betriebe bis zum 22. Juli 1957 bzw. 25. Januar 1958 an:

aa) Rat des Kreises, Abt. H. u. V.,

bb) Kreisstelle der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik.

cc) Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung.

HO Wismut

Die HV HO Wismut meldet das DDR-Ergebnis mit Anlage der Bezirksergebnisse bis zum 15. August 1957 bzw. 15. Februar 1958 an:

aa) Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung,

bb) Bezirksstelle der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik,

HO Vertrieb

Die HV HO-Vertrieb meldet das DDR-Ergebnis bis zum 15. August 1957 bzw. 15. Februar 1958 an:

aa) Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung,

bb) Staatl. Zentralverwaltung für Statistik.

Industrielläden (zentrale und örtliche)

a) Die Industrielläden sind nicht auf Formblatt HN berichtspflichtig.

b) Die Abt. H. u. V. bei den Räten der Kreise ordnen die Industrielläden gemäß Nomenklatur Formblatt HN den einzelnen Branchen zu (Anzahl und Umsatz). Angaben über Anzahl der Verkaufskräfte, Lehrlinge sowie qm-Fläche geben die Industrielläden formlos an die Abt. H. u. V. beim Rat des Kreises bis zum 22. Juli 1957 bzw. 25. Januar 1958.

Konsumgenossenschaften

a) Die Konsumgenossenschaften berichten entsprechend den Weisungen des VDK.

b) Die Kreis-KG bzw. Kreis-KG-Verbände und Bezirkswarenhäuser melden auf HN bis zum 22. Juli 1957 bzw. 25. Januar 1958 an:

ba) Konsumgenossenschaftsverbände der Bezirke,

bb) Abt. H. u. V. beim Rat des Kreises,

bc) Kreisstelle der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik.

c) Die Konsumgenossenschaftsverbände der Bezirke das Bezirksergebnis auf HN bis zum 15. August 1957 bzw. 15. Februar 1958 an:

ca) VDK, Abt. Statistik (4-fach),

cb) Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V.,

cc) Bezirksstelle der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik.

d) Der VDK das DDR-Ergebnis mit je einem Bezirksergebnis auf HN bis zum 20. August 1957 bzw. 27. Februar 1958 an:

da) Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung,

db) Staatl. Zentralverwaltung für Statistik.

Mitropa

Die Direktion der Mitropa meldet das DDR-Ergebnis mit je einem Bezirksergebnis formlos nach dem festgelegten Schema bis zum 15. August 1957 bzw. 27. Februar 1958 an:

aa) Min. f. H. u. V., Planabrechnung (zweifach).

bb) Staatl. Zentralverwaltung für Statistik (zweifach).

Rat des Kreises, Abt. H. u. V.

Die Abt. H. u. V. faßt die Meldungen der HO-Kreisbetriebe, zentralgeleiteten HO-Betriebe und Gaststätten zu „HO-Gesamt“ sowie die der Industrielläden zum Kreisergebnis zusammen. Soweit nur ein Betrieb im Kreis vorhanden ist, ist von den Betrieben ein zweites Exemplar einzureichen, das sofort an die Abt. H. u. V. beim Rat des Bezirkes weitergeleitet wird. Für Industrielläden wird auch per 31. Dezember 1957 nur auf Blatt 1 berichtet.

Vorlage beim Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V.:

per 30. Juni 1957 bis 26. Juli 1957,

per 31. Dezember 1957 bis 1. Februar 1958.

Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V.

Die Abt. H. u. V. faßt die Meldungen der Kreise getrennt nach „HO-Gesamt“ und „Industrielläden“ zum Bezirksergebnis zusammen und meldet bis zum 15. August 1957 bzw. 15. Februar 1958 an:

a) Min. f. H. u. V., Abt. Planabrechnung,

b) Bezirksstelle der Staatl. Zentralverwaltung für Statistik.

I. V.: Säverin
Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 22/57 —

VERFÜGUNGEN UND MITTEILUNGEN

des Ministeriums für Handel und Versorgung

1957	Berlin, den 8. Juni	Nr. 23
------	---------------------	--------

INHALT

I. Anweisungen	Seite	III. Preisdienst	Seite
Nr. 49/57 — Umrechnung der geplanten Zirkulationskosten entsprechend der Ist-Leistung in den Betrieben des volkseigenen Großhandels (GHK)	151	Neue FDJ-Bekleidung	152
Nr. 50/57 — Weiterberechnung von Verwaltungskosten, die durch Mahnungen im Teilzahlungsverfahren zusätzlich entstanden sind	152	Bettwäsche (Stoffe u. konf.)	152
II. Richtlinien		Fernseheräte	157
Aufstellung und Rücklauf der Finanz- und Arbeitskräftepläne 1957 im staatlichen Groß- und Einzelhandel	153	IV. Mitteilungen	
		Rahmenplan für die Vergütungsmittel der Verwaltungen der HO-Kreisbetriebe	152
		Finanzberichterstattung zum Abschluß per 30. Juni 1957	154

ANWEISUNGEN

— 4911 —

Berlin, den 4. Juni 1957

Anweisung Nr. 49/57

Umrechnung der geplanten Zirkulationskosten entsprechend der Ist-Leistung in den Betrieben des volkseigenen Großhandels (GHK)

Zur Beurteilung der Einhaltung der geplanten Zirkulationskosten entsprechend der Ist-Leistung wird für die innerbetriebliche Abrechnung (Abteilungs- und Auslieferungslager-Planabrechnung, monatliche Ergebnisrechnung) in den Großhandelskontoren folgende Umrechnung der Plankosten angewiesen:

1. Aus den Konten 340 — Löhne und Gehälter — sowie 349 — Sonstige Personalkosten — werden die Plankosten für das aus dem Lohnfonds A zu entlohnende Personal entsprechend der Anweisung 67/56 vom 28. Dezember 1956 („Verf. u. Mittlg.“ Heft 2/57) über die Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds mit dem Erfüllungsgrad des Umsatzes zum EKP (ohne von ihnen abzuführende Verbrauchsabgaben) bzw. des Brutto-Handelserlöses gesteigert. Werden der geplante Umsatz zum EKP (ohne von ihnen abzuführende VA) und der geplante Brutto-Handelserlös nicht erfüllt, so bleiben die Plankosten in ihrer absoluten Höhe bestehen.
2. Darüber hinaus werden in den einzelnen Bereichen nachstehende Plankosten wie folgt auf die Ist-Leistung, auch bei Untererfüllung der Bezugsbasen, umgerechnet.

a) Bereich Lager

Konto 329 — Hilfsmaterial und Hilfsleistungen — mit dem Erfüllungsgrad des Brutto-Handelserlöses.

b) Bereich eigener Warentransport

Konto 329 — Hilfsmaterial und Hilfsleistungen — mit dem Erfüllungsgrad des Brutto-Handelserlöses.

c) Bereich fremder Warentransport

Konto 320 — Warenbezugskosten — mit der Erfüllung des Planes der Warenzulieferungen, wobei die Übererfüllung des Brutto-Handelserlöses die maximale Grenze bildet.

Konto 321 — Warenversandkosten mit dem Erfüllungsgrad des Brutto-Handelserlöses.

Konto 399 — Sonstige Kostenarten — (Transportversicherung) mit dem Erfüllungsgrad des Umsatzes zum EKP (ohne von ihnen abzuführende VA).

d) Bereich Ein- und Verkauf

Konto 390 — Zinsen für Verrechnungsdokumente — mit dem Erfüllungsgrad des Umsatzes zum VKP.

3. Die Kosten der Produktionsabteilungen bei den Betrieben des GHK für Lebensmittel sind mit dem Erfüllungsgrad des Ertrages aus Produktion zu steigern.

Die nicht aufgeführten Kostenartenkonten sind in ihrer geplanten Höhe den ermittelten Plankosten entsprechend der Ist-Leistung zur Beurteilung der Einhaltung bzw. Unterschreitung der geplanten Zirkulationskosten hinzuzurechnen.

Diese Anweisung tritt mit Wirkung vom 1. April 1957 in Kraft. Gleichzeitig wird die Anweisung 42/55 vom 22. Juni 1955 („Verf. u. Mittlg.“ Heft 14/55) außer Kraft gesetzt.

Wach
Minister

— Verf. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 23/57 —

— 4912 —

Berlin, den 4. Juni 1957

Anweisung Nr. 50/57
Weiterberechnung von Verwaltungskosten,
die durch Mahnungen im Teilzahlungsverfahren zu-
sätzlich entstanden sind

Den Betrieben des volkseigenen Einzelhandels entstehen nachweisbar durch die Bearbeitung des Mahnverfahrens zusätzliche Verwaltungskosten, die an den zahlungssäumigen Käufer weiterzuberechnen sind.

Gemäß Richtlinie über das Verhalten der volkseigenen Einzelhandelsbetriebe bei Vertragsstörungen durch den Käufer im Teilzahlungsgeschäft vom 5. November 1956 gehen den in Zahlungsverzug geratenen Käufern nach Ablauf bestimmter Zeiträume eine

1. Mahnung,
2. " und
3. "

zu.

Zum Zwecke einer einheitlichen Regelung über die Weiterberechnung von Verwaltungskosten wird für den volkseigenen Einzelhandel nachstehendes festgelegt:

1. Als Globalsätze sind bei der Weiterberechnung anzuwenden:

- für die 1. Mahnung
(Zahlungserinnerung) 0,30 DM
- für die 2. Mahnung 0,50 DM auflaufend 0,80 DM
- für die 3. Mahnung
(letzte Mahnung) 0,70 DM auflaufend 1,50 DM

2. Während der Laufzeit sind die weiterberechneten Verwaltungskosten nicht als Forderung zu buchen, sondern die buchmäßige Erfassung ist erst zum Zeitpunkt der Zahlung durch den Käufer vorzunehmen, und zwar als „Erlöse aus Dienstleistungsbereich (Teilzahlungsgeschäft)“.

Neben den vorstehend genannten Gebühren für die Mahnungen sind die höherberechneten Zinsen der Sparkasse den in Zahlungsverzug geratenen Käufern zu berechnen.

Diese weiterberechneten Verwaltungskosten sind nicht handelsabgabepflichtig.

Wach
Minister

— Vergl. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 23/57 —

PREISDIENST

— 3650 —

Berlin, den 3. Juni 1957

Neue FDJ-Bekleidung

Für die ab 1. Juni 1957 vom Zentralrat der FDJ für verbindlich erklärte neue FDJ-Bekleidung gelten nachfolgende Preise:

Schlüssel-Nr. 4649 — FDJ 57	Baumwolle			
	EVP DM	EHS DM	GHS DM	IAP DM
FDJ-Hosen bis Gr. 43	16,95	2,10	—,85	14,—
FDJ-Hosen ab Gr. 44	17,55	2,18	—,87	14,50
FDJ-Hemd	11,—	1,35	—,55	9,10
FDJ-Windjacke bis Gr. 43	46,—	5,70	2,30	38,—
FDJ-Windjacke ab Gr. 44	48,40	6,—	2,40	40,—
FDJ-Rock	14,50	1,80	—,70	12,—
FDJ-Bluse	10,50	1,30	—,50	8,70
FDJ-Anorak	46,—	5,70	2,30	38,—

Dressel
Staatssekretär

— Vergl. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 23/57 —

— 3650 —

Berlin, den 3. Juni 1957

Bettwäsche (Stoffe u. konfektioniert)
Einzelhandels-Index

1. Für Bettwäsche-Stoffe in den Qualitäten
 BW I bis III,
 Couvertüre, BW I bis III und
 BL I bis III

in der Materialzusammensetzung 84 % Baumwolle, 16 % Perlonstapelfaser wird der Einzelhandels-Index wie folgt festgelegt:

4152-40 VA 87 % Index 225

2. Für konf. Bettwäsche in den Gewebequalitäten

BW I bis III,
 Couvertüre, BW I bis III und
 BL I bis III

in der Materialzusammensetzung 84 % Baumwolle, 16 % Perlonstapelfaser und einem Fertigungskostenanteil bis 1,— DM je qm wird der Einzelhandels-Index wie folgt festgelegt:

4810-43 VA 102 % Index 240

Konfektionierte Bettwäsche in den obenangeführten Gewebequalitäten und der o. a. Materialzusammensetzung mit einem Fertigungskostenanteil von 1,01 DM je qm und darüber sind zur gesonderten Einstufung an das Min. f. H. u. V., HA Preise, einzureichen.

Hentschel
Hauptabteilungsleiter

— Vergl. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 23/57 —

MITTEILUNGEN

— 4000 —

Berlin, den 31. Mai 1957

Rahmenplan
für die Vergütungsmittel der Verwaltungen
der HO-Kreisbetriebe

Im Rahmenplan für die Vergütungsmittel der Verwaltungen der HO-Kreisbetriebe wird unter Punkt 23 der Begriff „Schreibkräfte“ gebraucht.

Diese Bezeichnung ist nicht richtig, da die Mitarbeiter des staatlichen Einzelhandels unter Schreibkräften mehr oder weniger ungelernte bzw. angelernte Arbeitskräfte verstehen und nicht gelernte Stenotypistinnen, die im staatlichen Einzelhandel vorwiegend vorhanden sind.

Im Rahmenplan ist somit an Stelle von „Schreibkräften“ „Stenotypistinnen“ zu setzen.

— Vergl. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 23/57 —

RICHTLINIE

— 3330 —

Berlin, den 1. Juni 1957

Richtlinie

Aufstellung und Rücklauf der Finanz- und Arbeitskräftepläne 1957 im staatlichen Groß- und Einzelhandel

Auf Grund der Beschlüsse der Volkskammer über den Volkswirtschaftsplan 1957 vom 26. April 1957 und über den Staatshaushaltsplan 1957 vom 23. Mai 1957 sind nunmehr in allen Betrieben des staatlichen Einzelhandels und in den zentralgeleiteten Großhandelskontoren endgültige Finanz- und Arbeitskräftepläne auszuarbeiten. Für die Aufstellung dieser endgültigen Betriebspläne, die die vorläufigen Betriebspläne ablösen, gilt nachstehende Regelung.

Für den örtlich geleiteten Großhandel (GHK für Lebensmittel, Obst und Gemüse sowie den kommunalen Großhandel Berlin) ergeht eine entsprechende Richtlinie zu gegebener Zeit.

I. Termine

1. Für die Ausarbeitung der endgültigen Betriebspläne im örtlich geplanten staatlichen Einzelhandel legen die Räte der Bezirke und Kreise, Abt. H. u. V., die einzelnen Terminstufen fest.

2. Den Hauptverwaltungen des zentralgeleiteten staatlichen Groß- und Einzelhandels wird bei Erteilung der staatlichen Aufgaben für den Finanz- und Arbeitskräfteplan der Termin für die Ausarbeitung der Betriebspläne und die Vorlage des Planrücklaufs bekanntgegeben.

Bei der Festlegung der Termine ist zu gewährleisten, daß den Betrieben mindestens eine Bearbeitungszeit von drei Wochen zur Verfügung steht und die Prüfung und Zusammenfassung der Betriebspläne durch die übergeordneten Organe nicht mehr als zwei Wochen in Anspruch nimmt.

Die Hauptverwaltungen des zentralgeleiteten staatlichen Handels bringen auf den Betriebsplänen nach Prüfung folgenden Vermerk an: „Dieser Plan ist Bestandteil des zusammengefaßten Planes der Hauptverwaltung“.

II. Verteiler

1. Die Finanz- und Arbeitskräftepläne der Betriebe sind in folgender Weise weiterzuleiten, wobei die Weiterleitung der Plandokumente an die Stellen außerhalb des Bereiches Handel und Versorgung erst nach Anbringung des Bestätigungsvermerks erfolgen darf.

a) Für den staatlichen Einzelhandel gilt der Verteiler entsprechend den „Erläuterungen zum Finanzplan HO 1957“, Seite 24. Für den Plan 51 — Handel und Produktion — gilt die gleiche Regelung.

b) Die zentralgeleiteten staatlichen Großhandelskontore übergeben ihre Pläne an die

zuständige Hauptverwaltung und

Niederlassung der Deutschen Notenbank.

2. Die zusammengefaßten Betriebspläne sind zu übergeben

a) von den Räten der Kreise, Abt. H. u. V., für die HO-Kreisbetriebe an

Rat des Kreises, Abt. Finanzen — zweifach —,
Rat des Bezirkes, Abt. H. u. V.;

b) von den Räten der Bezirke, Abt. H. u. V., an

Rat des Bezirkes, Abt. Finanzen,

Bezirksfiliale der Deutschen Notenbank,

Min. f. H. u. V., Abt. Betriebsplanung,

Min. d. Finanzen, HV Wirtschaft — HA Handel,

Auf den Zusammenfassungen der Pläne der HO-Kreisbetriebe (II. 2 a und b) ist vor Weiterleitung ein Sichtvermerk der zuständigen Abt. Finanzen anbringen zu lassen,

c) Die Hauptverwaltungen des Min. f. H. u. V. übergeben an

Min. f. H. u. V., Abt. Betriebsplanung,

Min. d. Finanzen, HV Wirtschaft — HA Handel,
Deutsche Notenbank Berlin.

III. Umfang und Inhalt des Planrücklaufs

1. Einzelhandel

a) Die Betriebe des staatlichen Einzelhandels erarbeiten die Plandokumente in dem Umfang und mit dem Inhalt, der in den Erläuterungen zum Finanz- und Arbeitskräfteplan HO 1957 nebst Ergänzung festgelegt ist (Ausnahme s. u. Nr. III. 3),

b) Die Räte der Kreise, Abt. H. u. V., fassen die Pläne der HO-Kreisbetriebe und die Hauptverwaltungen des staatlichen Einzelhandels die Pläne der zentralgeleiteten Einzelhandelsbetriebe in vollem Umfang zusammen.

c) Die Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., fassen die Pläne der Kreise nur auf den Formblättern 00/01, 5 — Handel und Produktion —, 71, 72/82 und 81 zusammen. Diese Formblätter sind nur in der Spalte Jahr und IV./57 — einschließlich der entsprechenden Relationen — zu erarbeiten. Lediglich das Formblatt 81 ist für die Deutsche Notenbank in allen Quartalen auszufüllen.

2. Großhandel

a) die Betriebe des zentralgeleiteten Großhandels erarbeiten folgende Plandokumente:

Umsatzplan (0201), Kosten- und Ergebnisplan (0201), Richtsatzplan (0201), Arbeitskräfteplan (0208), Bilanz der Einnahmen und Ausgaben sowie Analyse und Bericht über die Normierung der Warenbestände,

b) Die Hauptverwaltungen des zentralgeleiteten Großhandels fassen diese Pläne vollständig zusammen.

3. Hinweis

Für die Planung der Position „Direktorfonds“ ist zu beachten, daß mit der Verordnung über den Betriebsprämienfonds sowie den Kultur- und Sozialfonds vom 11. Mai 1957, in Kraft getreten am 1. April 1957, nicht mehr 4%, sondern 5 1/2% der geplanten Jahreslohnsomme ohne Prämien lt. Prämienvereinbarung vom 1. Oktober 1956 vorzusehen sind (I. Quartal = 4%, II. bis IV. Quartal = 5 1/2%).

I. V.: Reimann

Hauptabteilungsleiter

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 23/57 —

— 4913 —

Berlin, den 4. Juni 1957

Finanzberichterstattung zum Abschluß per 30. Juni 1957

- A. des örtlichen und zentralgeleiteten volkseigenen Großhandels und der übergeordneten Organe**
B. des örtlichen und zentralgeleiteten volkseigenen Einzelhandels und der übergeordneten Organe

A.

1. Örtlicher volkseigener Großhandel, Räte der Bezirke und Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V.

Die örtlichen volkseigenen GHK, die Räte der Bezirke und der Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., verwenden für die Finanzberichterstattung grundsätzlich die Kontrollblätter mit den Bestellnummern:

- Teil I Bestellnummer EDB 821/8997 (nicht 821/8995)
 Teil II Bestellnummer EDB 821/8996
 Teil III Bestellnummer EDB 821/8994
 Kontrollblatt H 3 EDB 821/89 913 neu

Das Kontrollblatt H 3 ist nur von den Räten der Bezirke und vom Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., zu fertigen.

Der Teil I ist per 30. Juni 1957 in folgenden Positionen zu ergänzen:

- Zeile 65: Verspätungszinsen. Aufwand und Ertrag des Berichtszeitraumes
 Zeile 66: Konventionalstrafen, Aufwand und Ertrag des Berichtszeitraumes
 Zeile 67: Inventurminus- und -plusdifferenzen des Berichtszeitraumes
 Zeile 68: Geklärte Inventurplus- und -minusdifferenzen der Vorjahre
 Zeile 69: Periodenfremde Kosten und Erlöse des Berichtszeitraumes
 Zeile 70: Gesamtaufwand und Gesamtertrag Klasse 7 unsaldiert des Berichtszeitraumes

Die Einreichung hat an die in der Anordnung über die Finanzberichterstattung 1957 der örtlichen volkseigenen Wirtschaft — Industrie, Verkehr und Post — vom 21. Januar 1957 (GBL II/57 S. 65) genannten Stellen zu erfolgen.

Termin: für die GHK bis zum 9. Juli 1957,

für die Räte der Bezirke und Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., bis zum 13. Juli 1957,

Kontrollblatt H 3 bis zum 16. Juli 1957, bei den staatlichen Organen eingehend.

Da der Ausweis der einzelnen Positionen in den Kontrollblättern unterschiedlich erfolgte, sind bei der Fertigung derselben folgende Hinweise zu beachten:

Teil I

Bis zur Einführung des Rabattsystems ist in der Zeile 1, Spalte 2, die Bezeichnung „EVP“ in „VKP“ zu ändern. Die Zeile 2 a) — Umsatz EKP — muß im Plan und im Ist mit dem Ausweis im Teil II, Spalten 29 und 30, Zeile 31, übereinstimmen.

GHK, die Umsätze im Kommissionshandel mit privaten Einzelhändlern tätigen, weisen die Kosten aus dieser Handelstätigkeit im Plan und im Ist in der Zeile 18 — Kosten der Produktion — mit aus, indem die Zeile unterteilt wird nach

- a) Kosten aus Kommissionstätigkeit,
 b) Kosten der Produktionsabteilungen.

Die Abrechnung des operativen Kosten- und Ergebnisplanes aus Kommissionstätigkeit erfolgt nach der Richtlinie vom 14. März 1957 laut „Verf. u. Mittlg.“ Heft 12/57 S. 98, und ist von den Großhandelskontoren und den Räten der Bezirke bzw. vom Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., als Anlage dem Teil I beizufügen.

Die Zeile 25 a) — Betriebsergebnis Gewinn — muß im Plan und im Ist mit den in den Zeilen 26 bis 34 (außer Zeile 27) ausgewiesenen Positionen der Gewinnverwendung, der in Zeile 25 b) — Betriebsergebnis Verlust — ausgewiesene Betrag zuzüglich der in Zeile 27 ausgewiesenen Zuführungen zum Direktorfonds — ab 1. April 1957 — Betriebsprämien-, Sozial- und Kulturfonds — für Verlustbetriebe mit den in den Zeilen 35 und 36 ausgewiesenen Verluststützungen übereinstimmen. Mit Gewinn geplante GHK weisen die Zuführungen zum genannten Fonds in Zeile 26, mit Verlust geplante GHK grundsätzlich in Zeile 27 aus. GHK, bei denen der Gewinn nicht ausreicht, um die Zuführungen zum Fonds in voller Höhe aus dem Gewinn zu decken, weisen den Anteil aus dem Gewinn im Plan und im Ist in der Zeile 26 und den Restbetrag, der vom übergeordneten Staatsorgan zu stützen ist, in der Zeile 27 aus.

In der Zeile 35 sind die planmäßigen Stützungen zum Fonds und in der Zeile 36 die außerplanmäßigen Stützungen des Fonds mit den planmäßigen bzw. außerplanmäßigen Verlusten auszuweisen. Zuführungen zum Betriebsprämien-, Kultur- und Sozialfonds aus Überplangewinn bzw. Unterschreitung des geplanten Verlustes sind in der Zeile 28 auszuweisen. Die Räte der Bezirke und der Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., summieren die Zuführungen aus Überplangewinn bzw. Unterschreitung des geplanten Verlustes getrennt und weisen dieselben in Zeile 28 getrennt nach

- a) aus Überplangewinn und
 b) aus Verlustunterschreitung

aus. Ebenso sind die Beträge der Zeilen 25 — Betriebsergebnis Gewinn und Verlust — unsaldiert auszuweisen.

Rückzahlungen von Zuführungen zum Direktorfonds früherer Wirtschaftsjahre sind im Bereich Großhandel nicht über die Gewinnverwendung, sondern als Verbindlichkeit gegenüber dem Staatshaushalt zu buchen, da das bisherige Konto 937 im Kontenplan 1957 nicht mehr enthalten ist. Die GHK, die diese Rückzahlungen bisher in der Gewinnverwendung ausgewiesen haben, stornieren diese Buchung innerhalb der Gewinnverwendung in laufender Rechnung.

In der Zeile 48 sind nicht, wie im Finanzbericht angegeben, die Löhne für Überstunden einzusetzen, sondern nur die gezahlten Prämienleistungslöhne. Die Löhne für Überstunden sind gesondert als Darunterposition des Lohnfonds A in der Zeile 51 auszuweisen.

Die Prämien für das leitende kaufmännische Personal, die bis zum 31. März 1957 gezahlt wurden, sind nicht in Zeile 49 — Lohnfonds B —, sondern in Zeile 54 — Zahlungen laut Sondergenehmigung — einzusetzen. In der Textspalte dieser Zeile ist der Vermerk „bis 31. März 1957“ mit aufzunehmen.

Die Einsparungen bzw. Überschreitungen der Lohnfonds A und B (Zeile 55) sind von den übergeordneten Organen getrennt nach Einsparungen und Überschreitungen und getrennt nach Lohnfonds A und B zu summieren und unsaldiert nachzuweisen.

Teil II

Die Aufgliederung der Warengruppen erfolgt auf der Vorder- und Rückseite in den Zeilen 1 bis 16 nach den Positionen:

Zeile 1: Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse

- 2: darunter Frischobst
- 3: „ Frischgemüse
- 4: „ Kartoffeln
- 5: Getreide- und Kartoffelerzeugnisse
- 6: Zucker- und Zuckerwaren, kakaohaltige Erzeugnisse
- 7: Fleisch und Fleischwaren
- 8: Molkereierzeugnisse, Eier
- 9: Sonstige Nahrungsmittel
- 10: Tabak und Tabakwaren
- 11: Alkoholische Getränke

- 12: Alkoholfreie Getränke
- 13: Kaffee und Tee
- 14: Zündwaren
- 15: Sonstige Industriewaren
- 16: Raucherartikel

Ab Zeile 18 erfolgt der Ausweis der Kommissions-tätigkeit mit privaten Einzelhändlern.

Die unterwegs befindliche Ware ist grundsätzlich in Zeile 24 und nicht in den Zeilen 1 bis 16 auszuweisen. In den Spalten 3 und 8 der Zeile 24 sind die Beträge in Höhe des Plus- oder Minuszeichens einzusetzen. Die Addition der Zeilen 1 bis 21 erscheint in Zeile 22, zusätzlich Ausweis der Zeile 24 ergibt die Zeile 25 — Richtsatzplanfinanzierte Handelsware insgesamt.

In den Zeilen 26 bis 29 werden Saisonwaren nach Warengruppen und in der Zeile 30 die Saisonwaren insgesamt ausgewiesen. Die Addition der Zeilen 25 und 30 ergibt die Zeile 31 — Handelsware insgesamt —. Sofern in der Zeile 32 — Hilfsmaterial — Bestände ausgewiesen werden, ist die Addition bis zur Zeile 35 — Gesamt — in den dafür vorgesehenen Spalten fortzusetzen, andernfalls sind die Summen der Zeile 31 in Zeile 35 zu übernehmen.

Auf der Rückseite werden die einzelnen Zeilen entsprechend den Hinweisen zur Vorderseite verwandt. Die Saisonware ist in Zeile 30 insgesamt entsprechend dem Ausweis der Vorderseite Zeile 30 aufzunehmen.

Der Ausweis der Zeile 31 — Handelsware gesamt — muß in den Spalten 29 und 30 mit dem Teil I, Zeile 2 a — Umsatz zum EKP — und außerdem die Addition der Spalten 4, 5, 25 und 26 mit Spalte 29 und die Spalten 11, 12, 27 und 28 mit Spalte 30 übereinstimmen.

Der Aufriß der Lieferungen im Eigengeschäft — Zeilen 36 bis 38 — erfolgt zum VKP.

Die Zeilen 36 bis 47 sind von den Räten der Bezirke und dem Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., nur zu den Vierteljahresabschlüssen zu summieren.

Die Räte der Bezirke und der Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., weisen die Beträge der Vorder- und Rückseite mit Ausnahme der Zeilen 32 bis 47 der Rückseite in Mio DM mit 2 Stellen hinter dem Komma und die genannten Zeilen 32 bis 47 in TDM aus. Zur Wahrung der Richtigkeit der Addition können kleinere Beträge anderen Beträgen hinzugerechnet werden.

Kontrollblatt H 3:

In diesem Kontrollblatt werden von den Räten der Bezirke und vom Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., die in den Spalten 2 bis 22 geforderten Angaben je Betrieb genannt. Die Zeile — Gesamt — ist in allen Spalten auszufüllen und muß mit den betreffenden Positionen der Teile I und II übereinstimmen. Zum Beispiel: Spalte 5 mit Teil I, Zeile 2 a, und Teil II, Spalte 30.

Spalte 6 mit Teil II, Spalte 20, Zeile 31.

Spalte 7 — prozentuale Erfüllung des Bruttoerlöses aus Handelsspanne Lagergeschäft —

ergibt sich aus der Rechnung: Umsatz VKP — Plan — Ist (Teil I, Zeile 1 a) abzüglich Umsatz EKP — Lagergeschäft — laut Teil II, Zeile 31, Spalten 4 und 11.

Spalte 8 ergibt sich aus der Zusammenfassung der Kosten laut Teil I, Zeilen 11 bis 15, und der Gegenüberstellung Ist zum Plan.

Spalte 9 ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Spalten 27 zu 25 laut Teil II.

Spalte 10 die Erfüllung ist aus dem Teil II, Spalte 31, zu entnehmen.

Spalte 11 aus Teil I, Zeile 8, Spalte 6.

Spalte 12 aus Teil I, Zeilen 16 und 17, Gegenüberstellung beider Zeilen Ist zum Plan.

Spalte 13 aus Teil I, Zeile 19, Spalte 6 (nur Kosten der Lenkung).

Spalte 14 Teil I, Zeile 22, Spalte 6.

Spalten 15 bis 17 aus Teil I, Zeile 25 a) — Gewinn —
Spalten 18 bis 20 aus Teil I, Zeile 25 b) — Verlust —
Spalte 21 aus Teil II, Spalte 7.
Spalte 22 aus Teil II, Spalte 16.

2. Zentralgeleiteter volkseigener Großhandel und Hauptverwaltungen

Die zentralgeleiteten volkseigenen GHK reichen die Finanzberichterstattungen bis zum 9. Juli 1957, die Hauptverwaltungen bis zum 13. Juli 1957 an die in der Anordnung über die Finanzberichterstattung 1957 des zentralgeleiteten volkseigenen Handels vom 20. März 1957 (GBl. II/18 S. 141) genannten empfangsberechtigten Stellen in der bisherigen Form ein.

Im Teil I ist die Abrechnung des übrigen Ergebnisses nach den im Abschnitt 1 dieser Mitteilung gegebenen Hinweisen vorzunehmen.

Der Teil II ist in der bisherigen Form zu fertigen. Die GHK Textil- und Kurzwaren weisen die unterwegs befindliche Ware ebenfalls in Zeile 24 und nicht unter den einzelnen Warengruppen aus. Die Hinweise im Abschnitt I dieser Mitteilung hinsichtlich der formellen Richtigkeit sind von allen GHK und Hauptverwaltungen zu beachten.

Der Teil III — Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung — ist von den GHK in voller Nomenklatur, von den Hauptverwaltungen in den zum Abschluß per 31. März 1957 geforderten Positionen zu fertigen.

Das Kontrollblatt H 3 — Zusammenstellung der wichtigsten Kennziffern der Betriebe — ist nach den den Hauptverwaltungen eingegliederten Verwaltungen nach Betrieben zu unterteilen. Die Addition der Endsummen aller Verwaltungen muß mit den betreffenden Positionen der Finanzberichte übereinstimmen.

Die Hinweise zum Kontrollblatt H 3 — Örtlicher Großhandel — sind von den Hauptverwaltungen zu beachten.

Nachweis über die Entwicklung des Umlaufmittelfonds. Der in der Anordnung über die Finanzberichterstattung 1957 des zentralgeleiteten volkseigenen Handels vom 20. März 1957 (GBl. II/18 S. 145) geforderte Nachweis über die Entwicklung des Umlaufmittelfonds ist von den zentralgeleiteten GHK und Hauptverwaltungen zum Abschluß per 30. Juni 1957 formlos nach folgenden Positionen zu bringen:

I. Planbestand

II. Stand am 1. Januar 1957

darunter Forderungen aus noch nicht ausgereichten Umlaufmitteln für Erhöhung von 10% auf 30%.

Idbi
57

III. Zugänge:

1. Zuführung aus dem Staatshaushalt
2. Zuführung aus Gewinn
3. Zugänge aus der Umbewertung materieller Umlaufmittel
4. Sonstige Zugänge

IV. Abgänge:

1. Planmäßige Abführungen
2. Überplanmäßige Abführungen
3. Abgänge durch Umbewertung materieller Umlaufmittel
4. Abgänge durch aus Umlaufmitteln finanzierte Grundmittel
5. Sonstige Abgänge

V. Stand am 30. Juni 1957.

B.

1. Örtlicher volkseigener Einzelhandel

a) Betriebe

Die Betriebe des volkseigenen Einzelhandels fertigen zum Abschluß per 30. Juni 1957 außer den monatlichen Finanzmeldungen zusätzlich wie zum Abschluß per

31. März 1957. die Finanzmeldungen Teil IV — Aufgliederung der Zirkulationskosten und Abrechnung des übrigen Ergebnisses — sowie Teil VI — Entwicklung des Grundmittelfonds und Sammelberichtsbogen. Die Finanzmeldungen sind den staatlichen Organen bis zum 9. Juli 1957, dort eingehend, zuzustellen. Zu den einzelnen Kontrollblättern sind noch folgende Hinweise zu beachten:

Teil I:

Die Betriebe, die Umsätze im Teilzahlungsgeschäft tätigen, melden auch die geplanten Umsätze (Zeile 1,31). Die Kosten aus Umsätzen mit Vertragspartnern und aus Nebenleistungen sind in der Zeile 11,7 zusammen mit den Kosten der übrigen Handelsabteilungen und des Verwaltungsbereiches auszuweisen.

Wegen des Ausweises der Einsparungen bzw. Überschreitungen der Lohnfonds A und B in der Spalte 7 verweisen wir auf unsere Mitteilung in „Verf. u. Mittlg.“ Heft 20/57, S. 130. Die Hinweise in Heft 20 unserer „Verf. u. Mittlg.“ beziehen sich nur auf den richtigen Ausweis in Spalte 7 des Teiles I der Finanzmeldung. Die Bestimmungen des § 5 Absatz 7 der Anordnung zur Durchführung der Kontrolle der Inanspruchnahme des Lohnfonds in der volkseigenen und konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft vom 2. Januar 1957 (GBl. I 1957 S. 82), daß eine Einsparungsverpflichtung nur einzureichen ist, wenn der Lohnfonds A über die für den Berichtszeitraum geplante Lohnsumme hinaus in Anspruch genommen wurde, werden durch den Hinweis auf den Ausweis in Spalte 7 nicht verändert.

Teil III:

Auf der Rückseite des Kontrollblattes sind in den Zeilen 2,1 und 2,2 die Zuführungen zum Direktorfonds bis 31. März 1957 und die Zuführungen zum Betriebsprämien-, Kultur- und Sozialfonds insgesamt auszuweisen. In der Textspalte ist in diesen beiden Zeilen der Zusatz zu machen:

„und Betriebsprämien-, Kultur- und Sozialfonds“.

Teil IV:

Die Aufgliederung der Zirkulationskosten und des übrigen Ergebnisses erfolgt in voller Nomenklatur.

Teil VI:

Der Teil VI ist auf der Vorderseite nur in den Positionen Abschnitt A, Absatz II — Zugänge Zeile 1 — Investitionen — bis Zeile 2 — Generalreparaturen — in den Spalten 2 bis 5 und im Abschnitt C, Zeile b — aus Umlaufmitteln finanzierte Investitionen und Generalreparaturen des Planjahres auszufüllen.

Die Angaben auf der Rückseite im Abschnitt I — Entwicklung des Direktorfonds — entfallen zum 30. Juni 1957.

Die Abschnitte II — Warenbestände —, III — Bestand an Ausleihware — und IV — überfällige Forderungen an Private — sind in allen Spalten auszufüllen.

b) Räte der Kreise, Räte der Bezirke und Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V.

Die Finanzmeldungen sind den bekannten staatlichen Organen zuzustellen:

1. Räte der Kreise, Abt. H. u. V., bis zum 11. Juli 1957, dort eingehend.
2. Räte der Bezirke und Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., bis zum 13. Juli 1957, die vierteljährlichen Zusätze bis zum 16. Juli 1957, dort eingehend.

Zu den einzelnen Kontrollblättern ist außer zu den im Abschnitt II, Absatz a) Betriebe, gegebenen Hinweisen folgendes zu beachten:

Der Teil I ist von allen örtlichen Organen auch in den Spalten 4, 6 und 8 auszufüllen.

Die Planzahlen für Umsätze aus Teilzahlungsgeschäft sind ebenfalls einzusetzen.

Wegen des Ausweises der Einsparungen bzw. Überschreitungen der Lohnfonds A und B in der Spalte 7 verweisen wir auf unsere Mitteilung in „Verf. u. Mittlg.“ Heft 20/1957 S. 130.

Der Teil IV — Aufgliederung der Zirkulationskosten ist von den Räten der Kreise, Räten der Bezirke und vom Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., nicht zusammenzufassen.

Teil V:

Die Räte der Kreise, Abt. H. u. V., in deren Kreisen noch säulenreine HO-Betriebe bestehen, führen die Namen der Betriebe und die in den einzelnen Spalten geforderten Angaben getrennt auf: Die Kreise, in denen drei Handelssysteme zu einem HO-Betrieb vereinigt sind, brauchen dieses Kontrollblatt nicht zu fertigen.

Die Räte der Bezirke und der Magistrat von Groß-Berlin, Abt. H. u. V., stellen die vorgeschriebenen Kennziffern je Betrieb, getrennt nach den Bereichen Lebensmittel, Gaststätten, Industriewaren und nichtsäulenreinen Handelsbetrieben zusammen und addieren die eingesetzten Beträge je Bereich für sich. Sofern der Raum ausreicht, können mehrere Bereiche auf einem Formular eingesetzt werden. Die Endsummen aller vier Bereiche müssen mit den betreffenden Positionen des Teiles I übereinstimmen.

In den Spalten 12 bis 15 — Gewinn und Verlust, Plan — Ist, sind die Ergebnisse ohne Produktion auszuweisen. Eine Zusammenstellung der Kennziffern der Produktionsabteilungen ist nicht erforderlich.

Teil VI:

Die örtlichen Staatsorgane fassen die von den Betrieben gemeldeten Beträge zusammen. Der Ausweis der Überplan- bzw. Unterplanbestände an Handelsware erfolgt getrennt, also unsaldiert.

2. Zentralgeleiteter volkseigener Einzelhandel

Die Betriebe müssen die Finanzmeldungen Teil I bis IV und VI bis zum 9. Juli 1957, die Hauptverwaltungen die Finanzmeldungen I bis VI bis zum 13. Juli 1957 — HV HO Vertrieb bis zum 16. Juli 1957 — an die in unseren „Verf. u. Mittlg.“ Heft 11/57 S. 87 genannten staatlichen Organe einreichen.

Die Betriebe und Hauptverwaltungen wenden die im Abschnitt II für den örtlichen volkseigenen Einzelhandel gegebenen Hinweise sinngemäß an. Die Teile IV — Kostenrechnung —, VI — Nachweis der Entwicklung des Grundmittelfonds — nebst Rückseite sowie das Kontrollblatt — Nachweis der Umlaufmittelfinanzierung und Kreditdeckung — sind von den Hauptverwaltungen in den zum Abschluß per 31. März 1957 angewiesenen Positionen auszufüllen.

★

Allgemeines

Die Hauptbuchhalter des örtlichen und zentralgeleiteten volkseigenen Groß- und Einzelhandels sowie die Hauptbuchhalter der Räte der Bezirke, Abt. H. u. V., und der Hauptverwaltungen sind dafür verantwortlich, daß die Finanzmeldungen künftig in einem einwandfreien Zustand gefertigt und weitergegeben werden. Die betreffenden Mitarbeiter sind entsprechend zu belehren.

K l a b e

Hauptbuchhalter

— Verf. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 23/57

Herausgeber: Deutsche Demokratische Republik, Ministerium für Handel und Versorgung, Berlin — Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin — Postscheckkonto: 1400 25 — Erscheinungsweise: wöchentlich einmal — Fortlaufender Bezug: Nur durch die Post für den Dienstgebrauch — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,25 DM — Einzelausgabe: —,25 DM (nur zu beziehen vom Buchhaus Leipzig, Leipzig C 1, Querstraße 4—6, Telefon: 66 147) — Veröffentlicht unter der Druckgenehmigungs-Nr. Ag 131/57/DDR — Druck: (140) Neues Deutschland, Berlin N 54

25X1

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Handel und Versorgung

Bitte aufkleben und aufbewahren

Nur für den Dienstgebrauch!

— 3663 —

Berlin, den 3. Juni 1957

PREISDIENST

Fernsehgeräte

Schlüssel-Nr.	Typenbezeichnung	Hersteller	EVP DM	EHS DM	GAP DM	GHS DM	IAP DM
Fernsehtischempfänger							
7561	„Rubens“ 12-Zoll, Wechselstrom	VEB Rafena	1350,—	162,—	1188,—	108,—	1080,—
7561	„Rubens“ 12-Zoll, Allstrom	VEB Rafena	1350,—	162,—	1188,—	108,—	1080,—
7561	„Nordlicht“ 12-Zoll, Wechselstrom	VEB (K) Elbia	1300,—	156,—	1144,—	104,—	1040,—
7561	„Iris 12“ 12-Zoll, Allstrom ;.....	VEB Stern-Radio Staßfurt	1200,—	144,—	1056,—	96,—	960,—
7561	„Dürer“ 17-Zoll, Wechselstrom	VEB Rafena	1650,—	198,—	1452,—	132,—	1320,—
7561	„Nordlicht“ 17-Zoll, Wechselstrom ;.....	VEB (K) Elbia	1600,—	192,—	1408,—	128,—	1280,—
Fernsehstandempfänger							
7562	„Atelier“ 17-Zoll, Wechselstrom ;.....	VEB Rafena	1950,—	234,—	1716,—	156,—	1560,—
7562	„Forum“ 17-Zoll, Wechselstrom mit UKW-Teil..	VEB Rafena	1950,—	234,—	1716,—	156,—	1560,—
7562	„Format“ 17-Zoll, Wechselstrom	VEB Rafena	1830,—	219,60	1610,40	146,40	1464,—
Fernsehtruhen							
7563	„Cabinett“ 21-Zoll, Großsuper Beethoven, BG 20, Wechselstrom	VEB Rafena	6800,—	816,—	5984,—	544,—	5440,—
7563	„Claudia“ 17-Zoll, Großsuper Stradivari, MTG 25, Wechselstrom.....	VEB Rafena	5300,—	636,—	4664,—	424,—	4240,—
7563	„Clivia“ 17-Zoll, Großsuper Stradivari, Wechselstrom	VEB Rafena	3200,—	384,—	2816,—	256,—	2560,—

Hentschel
Hauptabteilungsleiter

1. Nachträge, die in den „Verfg. u. Mittlg.“ erscheinen werden, bitte in den freien Raum einkleben.
2. Weitere Exemplare dieses Preisdienstes gibt der Rat des Bezirkes, HR Preise, in begrenzter Anzahl gegen Rückporto ab.

— Verfg. u. Mittlg.

Min. f. H. u. V.

Heft 23/57 —